

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inverate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühestens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Freitag, den 17. Januar 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Entweder — oder.

Die industriellen und handwerklichen Scharfmacher und die ihnen dienpflichtigen Gentlemen aus Lieberts Reichsverband suchen nicht nur durch umfangreiche Aussperrungen, Brotlosmachung einzelner mißliebiger Arbeiter, verleumdendes Terrorisusgeschrei, Beeinflussung der Gesetzgebung, der Justiz- und anderer Behörden die Arbeiter und ihre Organisationen zu zerstören, ihre Haupttätigkeit ist vielmehr seit kürzerer Zeit dem löblischen Bestreben gewidmet, einen möglichst starken Keil in die organisierte Arbeiterschaft selbst zu treiben. Dies glauben sie zu erreichen durch Gründung „gelber“ Streikbrechervereine, von denen die „Nordb. Allgem. Ztg.“ kürzlich wahrheitsgemäß sagte, die „gelben“ Verbände seien „von den Arbeitgebern gegründet, subventioniert und finanzierte Gegenorganisationen von Arbeitern, die dazu bestimmt sind, den Unternehmern unter allen Umständen ergeben zu sein und ihnen im Falle von Streiks Hilfsstruppen aus den eigenen Reihen der Arbeiter zu sichern.“

Diese „Arbeiterorganisationen“ sind nun aber nicht ohne weiteres aus der Erde zu stampfen, weil erfreulicherweise der überwältigende große Teil der deutschen Arbeiter die Verleumdung weit von sich weist, sich dem Gegner als Verräter der eigenen Klassengenossen zur Verfügung zu stellen. Deshalb sucht man die verschiedensten, anders als in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeitergruppen, christliche, Hirsch-Dunkersche usw., für das Unternehmertum zu gewinnen. „Man muß Gegensätze zwischen den Arbeitern schaffen und die nichtsozialdemokratischen Verbände auf die Seite der Arbeitgeber zu bringen suchen“, so hieß es unter dem 8. Dezember v. Js. in der „Arbeitsgeberzeitung“. Und vor einiger Zeit schrieb man: „Was speziell abseits des Unternehmertums geschehen kann, um die Krisis innerhalb der organisierten Arbeiterschaft im Staatserhaltenden (!) Sinne auszunutzen, ist vor allem die Bevorzugung der nichtsozialistisch organisierten Arbeiter gegenüber den Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften.“ In dieser Hinsicht müßte das Unternehmertum „zielbewußt zusammenhalten“. Die Arbeitgeber müßten sich ihre Gegner „genauer daraufhin ansehen, welche Motive für ihr Verhalten maßgebend sind“, erklärte man weiter. Die freien Gewerkschaften dienen der Befestigung der bestehenden Gesellschaftsordnung, die Christlichen nicht, und es stehe zu erwarten, „daß im Laufe der Zeit das Verständnis der Führer der Christlichen für die von den Arbeitgebern zur Verteidigung ihres Standpunktes in Anschlag gebrachten Argumente mehr und mehr zunehmen wird und daß sie sich zu größerer Mäßigung bequemen.“ Bisher seien die „Gelben“ auch von den „Christen“ bekämpft worden, weil diese befürchteten, Mitglieder zu verlieren. Dann heißt es klar und deutlich:

Es wäre unklug, den Gegensatz (zwischen Gelben und Christlichen) noch zu verschärfen, denn zum letzten Ende muß den Unternehmern doch viel mehr daran gelegen sein, die Zahl ihrer Gegner zu vermindern, als sie zu vergrößern. Und da es nicht erfindlich ist, warum die in ihrer Abneigung gegen die Sozialdemokraten völlig geeinten gelben und christlichen Gewerkschaften sich zum Gaudium der Sozialdemokratie gegenseitig das Leben schwer machen sollen, hat man allen Anlaß zu dem Bemühen, die christlichen Organisationen für sich zu gewinnen. . . . Wir wollen nur dartun, daß es uns in Ansehung der für die christliche und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Betracht kommenden Unterschiedsmerkmale besser erscheint, die Gegner zu teilen, als sie zu einen. Und dies um so mehr, als im Lager der Unternehmer der Solidaritätsgedanke gefördert werden könnte, wenn nicht den durch die Bildung der gelben Verbände seitens der Großunternehmer in eine Ausnahmestellung gedrängten mittleren und kleineren Unternehmern mit der Zeit in irgend einer Form ein Äquivalent geboten wird. Dieses Äquivalent aber kann nur in einer Besserung des Verhältnisses zwischen jenen und christlichen Gewerkschaften bestehen.“

Also, die Christlichen braucht man, um erstens „die Gegner zu teilen“, und zweitens, damit die weniger mit gelbem Streikbrechergefindelel gelegenen Kleinunternehmer nicht deshalb den Solidaritätsgedanken über Bord werfen, weil es ihnen an der genügenden Zahl von Streikbrechern gebricht.

So klar man sich im Unternehmertum jedoch auch ist, daß alles getan werden muß, um die eigenbrödelnden Christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften zu einem „nationalen Block“ mit den „Gelben“ gegen die moderne Arbeiterbewegung zusammenzuschmieden, so herrscht andererseits auch Übereinstimmung darüber, daß dieser Kauf den Scharfmachern keinerlei Opfer auferlegen darf. Ihre Herrwürde erfordert gebieterisch, daß Organisationen, die die Gunst der Arbeitgeber erringen wollen, voll und ganz deren Interessen vertreten. Ob man sich sonst ein christliches Mäntelchen umhängt oder im frei-

sinnigen Wässerchen plätschert, ist den Bueck, Heckmann e tutti quanti völlig gleich.

Es ist bekannt, daß der grubengewaltige Kirdorf auf der Mannheimer Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik unter anderem sagte:

„Ich lehne es ab, mit irgend einer Arbeiterorganisation zu verhandeln. Während die sozialdemokratischen Organisationen offen sagen, wohin der Weg geht, kämpfen die christlichen Gewerkschaften unter falscher Flagge. . . . Die Arbeiterorganisationen wirken auf die Herabdrückung der Arbeitsleistung.“

Und die „Arbeitgeber-Zeitung“ schrieb im November vorigen Jahres unerblickt:

„Außerdem müssen wir rund heraus sagen, daß in gewisser Hinsicht die nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinigungen an Gefährlichkeit ihrer politisch-radikalen Konkurrenz kaum etwas nachgeben. Es mag sein, daß sie nicht staatsrevolutionär sind. Aber sie sind wirtschaftsrevolutionär. . . . Auch sie wollen zunächst zum mindesten eine konstitutionelle Fabrikordnung, treffen also in ihren wirtschaftlichen Zielen vollkommen mit der Sozialdemokratie zusammen. Daß sie ihre Versammlungen mit einem Hoch auf den König oder mit einem Gebet eröffnen, ändert nichts an der Gefährlichkeit ihrer ökonomischen Umsturzpläne.“

„Aber ich muß ausdrücklich betonen“, so sagte Handelsminister Delbrück am 30. Juni 1906, „daß die Art und Weise, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgen, sich nicht immer deckt mit dem Königshoch, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen, und mit dem Hoch auf das Vaterland, mit dem sie zu schließen pflegen.“ Auch andere, noch so loyal sich zeigende Arbeiter- oder Angestelltenvereine, bestanden sie aus technischen Beamten, Schiffsoffizieren, Grubenbeamten, Kaufleuten, Bankbeamten usw., werden sofort von den Unternehmern rücksichtslos terrorisiert, wenn sie sich einmal anders als willfährige Elemente zeigen.“

So schrieb kürzlich die Arbeitgeberzeitung über den 10. Kongreß des antisemitischen deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes, der seine Mitglieder geradezu zum Kampfe gegen jede freiheitliche Streibung fanatisiert, jedoch den 9stündigen Arbeitstag, 14tägigen gesetzlichen Urlaub, Sonntagsruhe, gleichmäßigen Laden- und Kontor-schluß, Handelsinspektoren und paritätische Arbeitsnachweise gefordert hatte:

„Man sieht, daß die nationale Flagge, so erfreulich ihr Erscheinen immer und überall ist, doch keine Gewähr dafür bietet, daß ihre Gefolgschaft wahrhaft bürgerlichen und staatsbehaltenden Grundtönen huldigt. . . . Es kommt weniger darauf an, daß ein Kongreß mit einem Hoch auf das Staatsoberhaupt oder sogar mit einer telegraphischen Begrüßung an dieses beschloßen oder eröffnet wird, als darauf, ob in den Teilnehmern wirklich jene Bürger-tugenden vorhanden sind, denen Deutschland, denen die heutige Kulturwelt überhaupt alle Erfolge und Fortschritte verdankt.“

„Auf die Arbeitswilligen allein nehmen wir Rücksichten!“ so hieß es im September 1905. „Reines Haus müssen wir machen; wer nicht klar und entschieden für uns ist, der ist gegen uns“ so schrieb Freiherr v. Reisswitz Anfang 1907, und wer wie die hypernationalen, antisemitischen Handlungsgehilfen von den Unternehmern ausnahmsweise beiseite einige Vorteile verlangt, der huldigt nicht jenen „wahrhaft bürgerlichen Grundtönen“, die man zum Heile größtmöglichen Unternehmerprofits bei ausgeprochenen Streikbrecherorganisationen in Reinkultur vorfindet.

Als kürzlich das christliche Zentralblatt gegen den famosen Reichsvereinsgesetzentwurf schrieb, erklärte die „Kreuzzeitg.“: „Es ist ein höchst bedenklicher Weg, den die Führer der christlichen Gewerkschaften mit ihrer Vereins-gesetzkritik beschreiten. National kann man ihn nicht nennen und deshalb wird und muß sich das Mißtrauen gegen sie wieder neu beleben.“

Als man auf dem letzten sogenannten christlich-antisemitischen Arbeiterkongreß erlebte, daß dort von leitender Stelle erklärt wurde, man werde sich nicht „als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie gebrauchen lassen“, bekam die Regierung von der konservativen Schlesischen Zeitung einen Küffel. Sie hätte mehr Zurückhaltung üben und den Verlauf des Kongresses erst abwarten sollen, bevor Minister dort schöne Reden hielten. „Bergebens“, so hieß es weiter, „sucht man in den Reden des Kongresses nach einem grundsätzlichen Abbrücken von der Sozialdemokratie. . . . Genau im Stile der Sozialdemokratie werden Rechte und Freiheiten gefordert und begründet.“

Und die „Arbeitgeber-Zeitung“, die noch in Nr. 48 ermunternd schrieb: „Mit den christlichen Gewerkschaften sind die besten und größeren Zwecke und mit diesen werden auch hier die Kräfte wachsen“, darum sollten die Führer die Flinte nicht nutzlos ins Korn werfen. Sie erklärt in Nr. 50:

„Wenn die christlichen Gewerkschaften Schulter an Schulter mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften kämpfen wollen, so darf man es den Arbeitgebern nicht

verdenken, wenn sie ebenfalls zwischen den christlichen und roten Gewerkschaften keinen Unterschied machen. Mag immerhin der eine Teil der Angreifer international und der andere national denken, die Arbeitgeber werden sich wenig um diese feine Unterscheidung kümmern und werden sich allein fragen, ob die Forderungen, die die beiden Zelle stellen, die gleichen sind.“

Hier steckt also des Pudels Kern. Aber man wird noch deutlicher:

„Wollen die christlichen Gewerkschaften von den Arbeitgebern bevorzugt werden, so müssen sie Gleiches mit Gleichem vergelten. Hand wird nur von Hand gemaschen. . . . In der praktischen Betätigung der christlichen Gewerkschaften muß der greifbare Beweis erbracht werden, daß zwischen christlichem und sozialdemokratischem Vorwachen ein Unterschied besteht. Nur solche Beweise werden auf die Arbeitgeber Eindruck machen.“

Damit ist klipp und klar gesagt: Verzichtet auf irgendwelche ernsthafte Lohnforderung, oder ihr seid Feinde des Unternehmertums und werdet rücksichtslos bekämpft. Doch nicht nur auf wirtschaftliche Forderungen müssen Gewerkschaften verzichten, die bei den Scharfmachern Gnade finden wollen, sie müssen auch politisch mit den gefährlichsten Reaktionskräften gehen. Denn es hieß in der Arbeitgeberzeitung:

„Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß das Korrelat jeglicher Ausnahme-gesetzgebung zugunsten der Lohnarbeiterschaft die Ausnahme-gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie sein muß. Den Beweis des „christlich-nationalen“ Denkens und Fühlens aber wird auch die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft erst damit liefern, daß sie sich zur Anerkennung dieses Standpunktes, selbst auf Kosten vorübergehender Verzichtleistung auf die eigenen sozialpolitischen Wünsche, bequemt.“

Also Ausnahme-gesetz gegen die Sozialdemokratie und „Verzichtleistung auf die eigenen sozialpolitischen Wünsche“: das ist die Perspektive, die man den nichtsozialdemokratischen Organisationen eröffnet. Akzeptieren sie dies, dann sind sie im Lager der Scharfmacher willkommen. Dort stoßen sie dann mit den Edlen von der gelben Junst zusammen. Gelüftet ihnen nicht nach solchen „Ehren“, dann werden sie in das Lager der freien Verbändler gestoßen und wie diese verbrannt.

Entweder — oder! Es wäre beschämend für einen Teil der deutschen Arbeiterschaft, wollte er diese Alternative im Sinne der industriellen Reaktionskräfte beantworten und nicht Schulter an Schulter mit den zentralorganisierten Gewerkschaften und der Sozialdemokratie kämpfen gegen das scharfmacherische Unternehmertum, das gerade gegenwärtig mehr als je gegen das Aufwärtstreben der deutschen Arbeiterschaft seine brutalen Waffen schmiebet.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Zur selben Zeit, als das Preussische Abgeordnetenhaus die preussische Verfassung, diese Karikatur aus der Mantelgesetz, um eine weitere Verkrümmelung verschönerte, sprach die Reichstagsmehrheit ihre Verurteilung der „horroristischen Potentat“ aus, die der greise Fürst Radziwili mit vollem Recht als einen Einbruch des Vandalismus in die politische Kunst, als eine Verkehrung der politischen Moral in ihr Gegenteil kennzeichnete. Den schärfsten Ausdruck fand das beleidigte Rechtsbewußtsein in der zündenden Rede des Genossen Ledebour. Aber auch der Freisinnige Pothoff fand scharfe Worte und kündigte im Namen der großen Mehrheit seiner Freunde dem Bismarck die Blockgefolgschaft. Eine Minderheit der Freisinnigen scheint allerdings noch Bismarckgläubig zu sein, wenn anders die Vorgänge des Donnerstag im Abgeordnetenhaus nicht auch Heckschers Kinder glauben zerstört haben. Der chauvinistische Sängling Böhm und sein Gefährte im Reichsverbandsdienste Böckel bemühten sich mit großem Erfolg, eine schlechte Sache noch schlechter zu machen. Nebenbei versuchte Herr Böhm den Nachweis zu führen, daß er seine Reichsverbands-honorare nicht umsonst bezieht. Der Nachweis ist als total mißglückt zu bezeichnen. Selbstredend gehört es zum Geschäft der Reichsverbandsangestellten, Verleumdungen zu verbreiten; die Verbreitung widerlegter Verleumdungen aber fällt selbst nicht unter die Obliegenheiten eines Einteukulis des Lügenverbandes und ehemaligen Oberschreibers in antisemitischen Kadaver-versammlungen. Genosse Ledebour sagte den beiden — Ver-breitern — kurz aber gründlich die Meinung. Vizepräsident Pasche glaubte wieder einmal sich zu einem Ordnungsruf verpflichtet, während Herr Kampf nach seinem Hereinfall im letzten Sommer einer kleinen Zurückhaltung sich zu befleißigen scheint. Mit Genugthuung faßte der Pole Seyda das Resultat der Beratung dahin zusammen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Ent-eignungsvorlage verdammt, und nicht die deutsche Nation, sondern die horroristische Regierung und ihre Landräte vor-

der Geschichte die Verantwortung für das Scheitern tragen. Die Erregung, die die große Polen-Debatte und danach auch wohl die Freimaurer-Rebellion gegen die Blockade in das Haus getragen, ließ die Rede mit der christlich-sozialen Behrens die Interpellation seiner Fraktion über das Knappschaftswesen begründete, zum ausschließlichen Objekt der amtlichen Stenographen werden. Im Hause hörte keiner auf sie und auf den Tribünen wurde sie nicht verstanden.

### Das Vereinsgesetz in der Kommission.

Die Reichstagskommission für den Entwurf eines Vereinsgesetzes trat Mittwochs zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Den § 1 des Gesetzes beantragt Abg. Müller-Meiningen (FvP.) wie folgt zu fassen: „Die Vereins- und Versammlungsfreiheit unterliegt nur denjenigen Einschränkungen, welche durch dieses Gesetz vorgeschrieben und zugelassen sind. Vereine und Versammlungen, deren Zweck dem Strafgesetze zuwiderläuft, sind verboten.“ Die Sozialdemokraten beantragen volle Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Verpflichtung zur Anmeldung oder zur Einholung einer Erlaubnis. Nur für Versammlungen unter freiem Himmel soll eine sechsstündige Anmeldefrist vorgeschrieben werden. Der Passus der Regierungsvorlage, daß die Vereinszwecke dem Strafgesetzbuch nicht zuwiderlaufen dürfen, ist in der sozialdemokratischen Fassung nicht enthalten. Ein zweiter Abzug des sozialdemokratischen Antrages erklärt alle widersprechenden Gesetze und Verordnungen für aufgehoben. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages bringen die Sozialdemokraten einen Eventualantrag ein, der Vereine und Versammlungen aller Art nur den Beschränkungen der Reichsgesetze unterwerfen will. Die landesrechtlichen Gesetze sollen aufgehoben, neue nicht erlassen werden dürfen. Die bezüglichen Anordnungen von Verwaltungsbehörden sollen nur nach Maßgabe des Reichsrechts zulässig sein. Den Vereinen und Versammlungen sollen belehrende oder religiöse Vorträge sowie Vereinigungen zum Zwecke körperlicher Ausbildung gleichstehen. Abgeordneter Müller-Meiningen (Fr. Pp.) begründet die freisinnige Fassung des § 1. Seine Partei wolle die Befreiung der politischen Bestimmungen der Landesgesetze, die zur Hintertreibung der Freiheiten dieses Gesetzes führen könnten. In dieser Richtung ist bisher viel gesündigt worden. Die Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern sei völlig ungefährlich. Die konservativen Anträge bezüglich der Jugendlichen und Frauen würden nur das Gesetz verschleiern. Es würde da schließlich nötig werden, den Laufschrittmacher in Versammlungen zu nehmen. Das zwanzigste Jahr als Unterscheidungsalter sei unverständlich. — Sodann begründet Abgeordneter Heine (Soz.) die Anträge der Sozialdemokraten. Die sozialdemokratischen Anträge bezwecken den Schutz der Ausländer, die bis jetzt rechtlos seien. Auch würde durch sie den Staatsbeamten und Staatsarbeitern die Koalitionsfreiheit gewahrt. Es müsse im Gesetz klar ausgesprochen werden, daß das Vereins- und Versammlungsgesetz weder durch Landesrecht noch durch Privatvertrag irgendwie behindert werden könne. — Abg. Trimborn (Ztr.) empfiehlt folgende Fassung des § 1: „Jedermann hat das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gemeinschaft mit anderen Vereinen zu bilden und sich zu versammeln.“ Die Bedenken einiger Zentrumsmitglieder gegen die Zulassung von Frauen seien jetzt fallen gelassen worden. Redner polemisiert heftig gegen die Ausführungen des Abg. Müller-Meiningen. — Abg. Dietrich (kons.) tritt für § 1 der Regierungsvorlage ein. — Abg. Fürst Hatzfeldt (Rp.) und Dr. Kolbe (Rp.) stellen den Antrag, das Zulassungsalter auf achtzehn Jahre festzusetzen. — Abg. Funk (Nat.): Alle Beschränkungen der Frauen auf dem Gebiete der Wahlversammlungen müssen unseres Erachtens beseitigt werden. Das Zulassungsalter wollen wir auf 18 Jahre festsetzen. — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß wir uns auf einen ganz besonderen Boden stellen würden, wenn wir den Ausländern daselbst das Vereinsrecht zugestehen wie den Inländern. Die Polizei solle die Ausländer in keiner Weise diskriminieren. Die Befugnisse der Polizei bezüglich der allgemeinen Vorschriften, auch die Befugnisse der Hauptpolizei müssen bestehen bleiben. Das Koalitionsrecht falle nicht notwendig unter das Vereinsgesetz. Jede Verabredung sei noch lange kein Verein, man möge das schon so wie so schwer bepackte Gesetz nicht noch mehr belassen.

Abg. Fürst Hatzfeldt (Rp.) begründet den Antrag, das Zulassungsalter der Jugendlichen von 20 auf 18 Jahre herabzusetzen. Gegen die Zulassung der Frauen habe er nichts einzuwenden. — Abg. Müller-Meiningen (FvP.) wünscht feste Bestimmungen über das Ausländerrecht, da sonst Inländer diskriminiert werden könnten. — Abg. Kreth (K.) bezeichnet die konservativen Wünsche für so entgegenkommend wie nur möglich. Die Zulassung der Frauen könne von seinen Freunden unter keinen Umständen zugegeben werden. Die Sitzung wird darauf abgebrochen.

### Für die einjährige Dienstzeit des deutschen Soldaten

legten sich am Dienstag die Sozialdemokraten in der Budgetkommission ein. Die Verkürzung der Dienstzeit wurde eigentlich in zwei Anträgen angeregt. Die Zentrumsabgeordneten forderten die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und bei der reitenden Feldartillerie. Die Sozialdemokraten beantragten Einführung der einjährigen Dienstzeit für alle Truppen. Der Zentrumsabgeordnete Häusler, ein ehemaliger bayerischer Generalmajor der Kavallerie, trat lebhaft für die zweijährige Dienstzeit der reitenden Truppen ein. Nach einjähriger Dienstzeit sei der Kavallerist durchaus kriegsunbrauchbar. Genosse Koske begründete den sozialdemokratischen Antrag mit finanziellen, volkswirtschaftlichen und prinzipiellen Gründen. Die Volkswirtschaft solle durch allmähliche Verkürzung der Dienstzeit angelehrt werden. Generalmajor Häusler habe eigentlich den sozialdemokratischen Antrag begründet. Recht wie kriegsunbrauchbar habe der Soldat nicht zu sein.

Herr von Hertling vom Zentrum befürwortete Interpellation durch Einschränkung der Befähigungen.

Der Kriegsminister versprach zwar eine Denkschrift, meinte aber, dieselbe werde den Beweis erbringen, daß die dreijährige Dienstzeit für Reiter notwendig sei. Einfache Kriegerdienstleistungen genüge für den Soldaten nicht. Von dem sozialdemokratischen Antrage wollte der Kriegsminister natürlich erst recht nichts wissen. Die Annahme des Antrages bedeute die Einführung der Miliz, die wolle Deutschland aber nicht. Abgeordneter von Liebert sang ein Loblied auf die dreijährige Dienstzeit für Reiter.

Der Freisinnige Eichhoff sprach sich für den Zentrumsantrag aus, den sozialdemokratischen Antrag verworfen, trotzdem er versicherte, derselbe sei ihm sympathisch. Herr Eichhoff, der Schulmann ist, versicherte, jetzt sei die Volksschule noch zu schlecht, um die einjährige Dienstzeit einführen zu können. Auch der freisinnige Abg. Schrader sprach sich gegen den sozialdemokratischen Antrag aus, regte aber an, ob nicht wegen der immer größer werdenden Kosten für das Herr die Zahl der Soldaten verringert werden könnte. Liebermann von Sonnenberg will es bei der dreijährigen Dienstzeit für reitende Truppen unter allen Umständen belassen. Für Abschaffung des Jahrgangprivilegs ist er zu haben.

Genosse Süßnum wies auf die Inkonsistenz des Zentrumsantrages hin, dessen Sachverständiger versichere, der Reiter müsse länger dienen, als der Fußgänger. Könne der Reiter in zwei Jahren ausgebildet werden, genüge also für den Infanteristen ein Jahr. Kein bürgerlicher Abgeordneter stimmte für den sozialdemokratischen Antrag. Nach seiner Ablehnung wurde die Resolution des Zentrums einstimmig angenommen.

### Ein Schritt für den Freisinn?

Der Bund der Landwirte hielt am Sonntag zu Hannover eine Provinzialversammlung für die Provinz Hannover ab. In dieser Versammlung, an der auch der verstoßene Minister Podbielski teilnahm, sprach der unvermeidliche Dr. Dietrich Hahn über die Blockpolitik. Er verlangte, daß der Block „nationale Politik ohne Gegenleistung“ betreiben soll, d. h. ohne Gegenleistung für die Liberalen, denn der Bund wird schon seine Rechnung zu finden wissen. Den Freisinn, der sich immer als den Kern des Blockes betrachtet, behandelte Hahn als den Geduldeten, und er führte aus:

Der Bund würde der größte Esel sein, wenn er sich verleben ließe, dem Liberalismus zuliebe das Zentrum an die Wand zu drücken. Denn wenn der Freisinn nicht mehr will, oder wenn wir ihn nicht mehr brauchen, dann fliegt er sofort heraus aus dem Block und das Zentrum tritt an seine Stelle.“

Das hat dem Freisinn gerade noch gefehlt, dem Freisinn, von dem Hahn behauptete, daß der Freisinn nicht aus reiner Überzeugung des Reichstagswahlrecht fordere, sondern um sich die Volksgunst zu sichern!

Die Nationalliberalen in Hannover, die ohnehin nur von Bundesgenaden leben, möchten dem Bunde die Brüberschaft mit dem Zentrum vereiteln; die Kulturkampfpaukerie zieht bei den Bünzlern jedoch nicht, und da bringt es das jungliberale Organ, der „Hannov. Courier“ fertig, zu schreiben, die Freundschaft zwischen Hahn und dem Zentrum sei um so auffallender, als große prinzipielle Unterschiede bezüglich des — Wahlrechts beständen.

Herr Dr. Hahn ist doch ein entschiedener Anhänger des jetzigen Wahlrechts, und als solcher hat er sich am Sonntag ja auch energisch gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen, während das Zentrum, wie ihm wohl bekannt sein wird, den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt und das Reichstagswahlrecht für Preußen wünscht.

Danach hat es den Anschein, als ob der Kampf der Nationalliberalen sich bei den Landtagswahlen mit aller Wucht gegen die Änderung des Wahlrechts richten soll, um dem Bunde der Landwirte gefällig sein zu können. Ein netter Liberalismus!

Und diesem Block will der Freisinn auch fernertreu bleiben?!

### Freisinn und Block.

Sinnerhalb der freisinnigen Parteien des Reichstages haben sich seit der Rede des Fürsten Bülow über die Wahlrechtsreform Bestrebungen geltend gemacht, die dahin gingen, den Austritt der freisinnigen Fraktionen aus dem Block zu betreiben. Wie es heißt, haben die drei Fraktionen in einer gemeinsamen Fraktionsitzung beschlossen, „vorläufig“ an der Blockpolitik festzuhalten. — Bülow kann schmunzeln.

### Zweierlei Maß.

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt über das „blutige Nachspiel der Wahlrechtsaktion“:

Es war ein übler Präzedenzfall, als man nach der letzten Reichstagswahl und wieder nach der Stichwahl in Berlin ein paar tausend Patrioten, von denen ein nicht unerheblicher Bruchteil mehr oder minder bezecht war, nach dem Reichskanzlerpalais und dem königlichen Schloß ziehen ließ, allwo sie ihres Herzens Wonnen in lautem Giergerufen auslassen konnten. Das erste Mal setzte die Polizei dieser Bewegung noch einen schwachen Widerstand entgegen, wurde aber diesesmal von all- und überdeutlichen Blättern wegen ihres „Philistersinnes“ heftig angelassen. Damals erschien Fürst Bülow in der Beleuchtung eines Galasritters; die „nationalen“ Zeitungen hatten herausgefunden, das „Volk von Berlin“ habe sich für den Block erklärt, obgleich es zu zwei Dritteln sozialdemokratisch wählt, und das Wolffsche Telegraphenbureau berichtete die Kunde in alle Welt. Von den Demonstrationen erwähnt es bis jetzt nichts, obgleich wie nach einem Gesetzt, 100 Bewunderte auf der Straße lagen und 106 Gefangenenhaft erfolgt sind. Bei allem Tadel, den die Demonstranten verdienen, ist doch nicht zu übersehen, daß der oben erwähnte Präzedenzfall seine Wirkung erzielt hat und zu Klagen Veranlassung gibt, daß die Behörden eine Politik des „zweierlei Maß“ betreiben. Alte bedächtigen Berliner, die keine Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei unterhalten, hört man sagen: „Ja, warum dürfen denn die Leute auf die Straße gehen und schreiben, daß sie für den Block sind, aber nicht, daß sie das allgemeine

Wahlrecht wollen? Im ersten Falle werden sie von Kaiser und Kanzler belohnt, im zweiten Hause man mit Säbeln auf sie ein.“

Es mag für den preußischen „Fortschritt“ ein eigen tümliches Gefühl sein, daß er sich in der Beurteilung der blutigen Heldentaten der Polizei von dem „reaktionären“, „rückständigen“ Zentrum beschämen lassen muß.

### Blockproteste.

Der erste Vorsitzende des liberalen Wahlvereins für Dresden und Umgegend, Dr. R. v. Mangold, ein bekannter Wohnungspolitiker, übersendet dem „Berliner Tagebl.“ die nachstehende Erklärung:

Der Vorstand des liberalen Vereins für Dresden und Umgegend, der bisher für Beteiligung der drei linksliberalen Parteien an der Blockpolitik gewesen ist, erklärt in seiner Sitzung vom 13. Januar einstimmig, daß nach der Stellungnahme der preussischen Regierung und der Konservativen zur Wahlrechtsfrage ein längeres Verweilen der drei linksliberalen Parteien im Block mit der Würde und den Ansichten des Liberalismus absolut unvereinbar ist und fordert daher den sofortigen Austritt der letztgenannten Parteien aus dem Block, ohne Rücksicht auf das Schicksal der dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzesentwürfe.

Der Verein der Freisinnigen an der Unterweser beschloß die nachstehende Resolution:

Die am 12. Januar in Bremerhaven versammelten Vertrauensmänner der vereinigten Linksliberalen der Herzogtümer Bremen und Verden erklären: Die von dem preussischen Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause abgegebene Regierungserklärung zum freisinnigen Wahlrechtsantrag zeigt mit vollster Deutlichkeit, daß die Linksliberalen vom Fürsten Bülow auch nicht das bescheidenste Zugeständnis, nicht einmal das der geheimen Stimngabe, zu erwarten haben. Sie protestieren auf das entschiedenste gegen eine derartige Praxierung der Volksrechte.

Ähnliche Beschlüsse liegen aus Nürnberg (aus dem Lager der Demokraten), Frankfurt a. M. und anderen Städten vor.

### Reichstagsauflösung keine politische Unmöglichkeit.

Dem „Deutschen Volksblatt“ wird aus parlamentarischen Kreisen geschrieben:

Die Gefahr einer erneuten Reichstagsauflösung ist nicht unbedingt in das Gebiet der politischen Unmöglichkeiten zu verweisen. Es liegt ja jetzt kein unmittelbarer Anlaß vor. Aber wie schnell dieser geschaffen ist, haben die Debatte der Reichstagsauflösung des Jahres 1906 bewiesen. Scheitert die neue Wahrheit an der Abspaltung der Rechten, so kann tatsächlich mit einem neuen Appell an das Volk gerechnet werden. Aus diesem geht dann ein liberal-sozialdemokratischer Block hervor, mit dem der Reichskanzler die Geschäfte führen wird. Es muß gegenüber den Vertrauensseligen auf diese politische Möglichkeit hingewiesen werden, damit man sich nicht überreden läßt.

Wir glauben zwar an eine Reichstagsauflösung für die nächste Zeit nicht, aber immerhin — wie die Dinge heute liegen und wo sich so viele Fragen und Personen kreuzen, kann der Vormittag niemals wissen, was der Nachmittag bringt.

Die Zentrumspresse ist ganz entsetzt, daß man vor einem liberal-sozialdemokratischen Block rede, auf dem sich die Regierung stützen solle. Das wäre ein Hohn auf die elementarsten staatsmännischen Grundzüge. Wir begreifen den Schmerz der Schwarzen, aber sie können sich beruhigen, von einem liberal-sozialdemokratischen Block wird keine Rede sein können, am wenigsten unter der Kanzlerschaft Bülows.

### Scharfe Patronen.

Der „Vorwärts“ schreibt: Scharfe Patronen sind, wie man uns mitteilt, am 12. Januar an die Mannschaften des in der Blücherstraße garnisonierenden Dragonerregiments verteilt worden. Erst 40 Stück pro Kopf und dann noch extra 20.

Damit die konsignierten Mannschaften sich nicht allzusehr langweilen, dürfen sie sich nach Herzenslust am Bier erlaben. Die Stimmung wurde insfolgedessen auch nach wenigen Stunden eine sehr animierte. Einige der Leute hatten sich in eine solche „Begeisterung“ hineinverlezt, daß sie sich nichts sehnlicher wünschten, als daß endlich der Befehl zum Ausrücken gegeben werde. Einer vermaß sich sogar dabei, seine drei oder vier „Ausrührer“ allein aufs Gewissen nehmen zu wollen!

Das klingt so — russisch, daß wir die Nachricht nicht geglaubt hätten, wenn sie nicht so zuverlässig wäre.

Die Säbelattacken der Polizei gewinnen durch diese Bereithaltung der Soldaten noch eine ganz besondere Bedeutung!

Fürst Bülow wird nicht umhin können, schon aus diesem Grunde die sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation sehr gründlich zu beantworten!

### Der Vereinsgesetzentwurf im badischen Landtag.

Die von der Sozialdemokratie und dem Zentrum eingereichte Interpellation über die Stellung der badischen Regierung zum neuen Vereinsgesetz wurde am Montag im Karlsruher Parlament beraten. Die Begründer, die Abgeordneten Lehnter (Z.) und Geck (Soz.), beziehten die Vorlage als einen politischen Rückschritt für Baden. Es bestehe absolut keine Notwendigkeit, die in dem Gesetzentwurf etwa für Norddeutschland enthaltenen Vorteile für Süddeutschland mit Verschlechterungen zu bezahlen. Baden kennt bekanntlich weder eine Anzeigepflicht, noch eine Überwachung der Versammlungen. — Die Regierung begnügte sich mit allgemeinen Redensarten: Vielleicht bleibe es bei dem bisherigen Zustande in Baden. So gar der Zentrumstredner fand es bedauerlich, daß der Minister des Innern, v. Bodmann, jede Mitwirkung an der Verbesserung des Gesetzes ablehnte. Nur in Bezug auf den Spracheparagraphen will die Regierung entgegenkommen und von ihm erst in dringenden Fällen Gebrauch machen. Im übrigen habe sie nur der einheitlichen Regelung der Frage willen; Bundesrat für den Entwurf gestimmt.

In der Debatte fand sich lediglich die nationalliberale Partei mit dem neuen Vereinsgesetz ab; alle anderen

Parteien, auch die Bauernbündler, bekämpften es scharf. Der Demokrat Heimburger protestierte dagegen, daß man von einer Blockfrucht rede. Mit Recht konnte dem gegenüber Genosse Eck auf die Norddeutsche Wallfahrt des württembergischen Demokraten v. Payer hinweisen. — Das Ergebnis der Interpellation ist in dem energischen Willen der Mehrheit der Kammer ausgedrückt, preussischen Vollzeipraktiken den Eingang in Baden zu wehren. — Abends haben am verflossenen Sonnabend und Sonntag in Baden zahlreiche Protestversammlungen der Arbeiterschaft gegen das neue Vereinsgesetz stattgefunden, in denen zum Reichstag die Ablehnung der Vorlage verlangt wurde.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 17. Januar.

**Zug von Maurern nach Sührmann in Travemünde** ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

**König Jakobs letzte Tage** ist der Roman betitelt, mit dessen Ueberdruck heute von uns begonnen wird. Wir wollen nicht unterlassen, unsere Leser auf denselben besonders hinzuweisen. Theodor Mügge, der geistvolle Verfasser des „Vogt von Sölt“ und „Atraja“, schildert darin die Schreckensherrschafft des Königs Jakob II. von England, der 1633 geboren wurde und 1701 starb. Ganz besonders interessant sind die Charakterzeichnungen der Ratgeber des Königs und der „Edelsten des Volkes“, die sich gleich in der Unterdrückung des Volkes, die so lange dem König schmeicheln, als er die Macht hat und ihnen nicht die ihn verlassen und zum Feinde übergeben, als sein Stern im Sinken begriffen war. „König Jakobs letzte Tage“ ist kein Roman, der in überschwänglichen Tönen Liebe und Glück besingt, sondern die fesselnde Schilderung eines Stückes Weltgeschichte, die zum Denken anregt, Belehrung bietet und Unterhaltung bringt. Wer ein feiner Beobachter ist, der wird übrigens finden, daß die Zustände im 17. Jahrhundert, wie sie Mügge in seinem Roman zeichnet, in mehr wie einer Beziehung denen ähneln, wie sie gegenwärtig noch in gewissen sogenannten Kulturstaaten bestehen. Die Machthaber und deren Kreaturen sind sich eben zu allen Zeiten gleich gewesen in dem Bestreben, sich auf Kosten des Volkes Vorteile zu verschaffen.

**Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Maurer für das Jahr 1907.** Im verflossenen Jahre war die Bautätigkeit überaus rege, was zur Folge hatte, daß die Mitgliederzahl eine Höhe erreichte, wie nie zuvor. Natürlich wuchsen damit auch die Geschäfte des Vorstandes so erheblich, daß dieselben bei gleichem Wachstum auf die Dauer nicht mehr im Nebenamt ausgeführt werden können. Es wurden ausgefertigt 157 Briefe, 164 Postkarten, 1 Telegramm, 53 Pakete, 548 Kreuzbandsendungen, 20 Geldsendungen und 5 Postnachnahmeauftragungen. Ein gingen 153 Briefe, 44 Postkarten, 1 Telegramm, 62 Pakete, 56 Kreuzbandsendungen, 9 Geldsendungen und 3 sonstige Drucksendungen. Abgehalten wurden 27 Versammlungen, darunter 3 außerordentliche. Es fanden ferner statt 26 Vorstandssitzungen, 7 gemeinschaftliche Sitzungen. Außerdem waren Mitglieder des Vorstandes 51 mal an sonstigen Sitzungen beteiligt. Die Zahl der Vau- delegierten betrug 8. Vorträge wurden in 5 Versammlungen und in einer Vau- delegierten Sitzung gehalten. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1906 588, im ersten Quartal 1907 611, im zweiten Quartal 640, im dritten Quartal 618, im vierten Quartal 577; im Durchschnitt 609 pro Quartal. Neueingetretene sind 80, zugerechnet 390 Mitglieder, abgereicht sind 227 Mitglieder; demnach haben sich 185 Kollegen nicht abgemeldet. Gestorben sind 4, ausgeschieden 11, wegen rückständiger Beiträge geistlichen vier Mitglieder. Die Zahl der Ehrenmitglieder betrug 23. Die Gesamtsumme der Mitglieder betrug im Jahre 1907 15202,94 Mk., die Gesamtsumme 15315,08 Mk. Die hauptsächlichsten Ausgabenposten waren: abgeleitete Eintrittsgelder, Beiträge usw. 7633,61 Mark, für Streiks 1574,84 Mk., Reiseunterstützung im Winter an 96 Kollegen 78 Mk., Reiseunterstützung an 42 Streikende 63 Mk., Krankenunterstützung an 95 Kollegen 1694,95 Mk., Sterbeunterstützung an 6 Mitglieder 445 Mk., Anteil des Zweigvereins an den Beiträgen 3713,59 Mk. An Extrabeiträgen gingen ein 3462,10 Mk.; dadurch erhöht sich die Gesamtsumme der Hauptkasse auf 18665,64 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse bezifferte sich auf 10016,55 Mk., von den Ausgaben die Summe von 5358,96 Mk. gegenüberstand. Von den Ausgabenposten der Lokalkasse seien hier erwähnt: für Schriften, Kalender, Protokolle 106,20 Mk., Gaubbeitrag 124,80 Mk., Arbeitersekretariat 661,70 Mk., Gewerblichkeitskartell 46,78 Mk., Bauarbeiterschungskommission 67,88 Mk., für Streiks und Bausperrn 876,25 Mk., Ortsunterstützung 168,70 Mk., Bibliothek 39,90 Mk., Agitation 103,65 Mk., Delegation 28,90 Mk., Statistik 68,40 Mk., Kränze 40 Mk., Entschädigung des Vorstandes 186,75 Mk., Bureau (Miete und Verwaltung 225,45 Mk.), Sitzungsgelder 865,70 Mk., Inserate 176,85 Mk., Porto, Schreibmaterialien sowie sachliche Verwaltung 99,79 Mk., Kopierarbeiten des „Grundstein“ und Einziehung der Beiträge 1541,16 Mk., Verschwendung 498,25 Mk. Der Rassenbeitrag der Lokalkasse belief sich auf 4658,19 Mk., von denen 4446,01 Mark auf der Bank und Sparkasse belegt waren. Die Gesamtsumme der Haupt- und Lokalkasse betrug 28681,59 Mk. Nach Abzug der Rassenbeiträge verbleibt die Summe von 20743,81 Mk. Die Mitgliederzahl, durchschnittlich zu 609 gerechnet, ist das eine Leistung von 34,16 Mk. pro Mitglied. Nach Abzug der Ehrenmitglieder, welche keine Beiträge zahlen, ergibt sich ein Umsatz von 40,05 Mk. pro Mitglied. Das Jahr 1908 wird aller Voraussicht nach, wenn nicht außergewöhnliche Verhältnisse dies hindern, für Lübeck ebenfalls eine ziemlich gute Bautätigkeit bringen, da außer den im Bau befindlichen noch weit größere Staatsbauten in Aussicht stehen. Es besteht somit die Möglichkeit, daß der am 31. März d. J. ablaufende Tarif bei einigem guten Willen ohne Kampf erneut abgeschlossen werden kann. Der gute Wille scheint beim Unternehmer jedoch nicht vorhanden zu sein, wie die „geheimen“ Verhandlungen in Berlin gezeigt haben. Danach scheint man den Arbeitnehmern die Lohn- und Arbeitsbedingungen einfach diktieren zu wollen. Wir haben jedoch ebenfalls unsere Position gestärkt, und es dürfte wohl jetzt kein Kollege mehr über die Erhebung des Extrabeitrages großen, denn eine gefüllte Kasse ist bei jedem Kampf mit die Hauptsache. Sollte ein Kampf unvermeidlich sein, so werden wir uns damit abzufinden wissen. Der Jahresbericht erwähnt sodann die Ereignisse, welche die organisierten Maurer im verflossenen Jahre besonders beschäftigten, so die Sperre über das Hochfeuerwerk, die verhängt werden mußte, weil der Unternehmer den hier üblichen Arbeitstaxi nicht anerkennen wollte. Nach befriedigend verlaufenen Unterhandlungen mit dem Unternehmer konnte die Sperre aufgehoben werden. Über die Firma „Komet“ in Steintin, welche auf der Elmühle von Alsmus im Steins Bugarbeiten auszuführen hatte, wurde die Sperre verhängt, weil die Arbeiten im Afford hergestellt werden sollten. Durch Versammlungsbeschluß ist jedoch den

Lübecker Mitgliedern die Affordarbeit untersagt. Die Arbeitseinstellung einiger Kollegen bei einem Bau der Firma Heidenreich in der Königstraße wurde von den Arbeitgebern ohne tatsächliche Unterlage als „komplottmäßiger Tarifbruch“ bezeichnet. Eine Versammlung, die über diese Angelegenheit zu befinden hatte, beschloß: „Da unsererseits keine Sperre verhängt ist, steht es jedem Kollegen frei, dort in Arbeit zu treten.“ Wenn das Solidaritäts- und Organisationsbewußtsein bei allen Kollegen so ausgeprägt wäre, wie es zu wünschen ist, dann würden mancherlei unliebsame Sachen vermieden. Trotz der regen Bautätigkeit meldeten sich 86 Kollegen arbeitslos; 29 Kollegen meldeten sich jedoch nicht wieder als in Arbeit stehend ab. Von den verbleibenden 57 Kollegen waren 25 bis zu 10 mit zusammen 128 1/2 Tagen, 13 bis zu 20 Tagen mit zusammen 120 1/2 Tagen, 8 bis zu 30 Tagen mit zusammen 189 Tagen, 2 bis zu 40 Tagen mit zusammen 75 Tagen, 4 bis zu 50 Tagen mit zusammen 225 1/2 Tagen und 5 mit mehr als 50 Tagen zusammen 287 Tage arbeitslos. Das ist eine Gesamtzahl von 1005 1/2 Tagen, den Tag zu 8 1/2 Stunden gerechnet ergibt das 8544 Stunden oder 5126,40 Mk. Lohnausfall; auf den einzelnen Kollegen beträgt der Lohnausfall im Durchschnitt 89,93 1/2 Mk. Auch die Krankheitsziffer war im verflossenen Jahre eine recht hohe. Es waren 95 Kollegen zusammen 319,2 Wochen erkrankt. Eine Statistik über die Zahl der Leihlinge ergab, daß 172 Leihlinge im Zweigvereinsgebiet vorhanden sind. Eine weitere Statistik über das Abonnement der politischen Tagespresse zeigte, daß 8 Proz. der Kollegen diese nicht halten resp. nicht lesen. Diese Kollegen scheinen noch nicht begriffen zu haben, welchen Wert die Arbeiterpresse für die Arbeiterschaft besitzt. Die Bibliothek hat einen Bestand von 889 Büchern; das ist ein Mehr von 10 gegen das Vorjahr. Im verflossenen Jahre wurden 332 Bücher ausgegeben, oder 20 weniger als im Vorjahr. Ein beschämendes Zeichen! Da in Schluß und Umgegend eine Anzahl Kollegen in Frage kommen, ist auch unsererseits dort eine Agitation entfaltet worden. Es haben in Schluß 5 und in Rükning 2 Versammlungen stattgefunden; in 5 derselben wurden Vorträge gehalten. Um den dortigen Kollegen mehr als bisher Gelegenheit zu geben, zusammen zu kommen, wurde beschlossen, in Schluß eine Hilfszählstelle zu errichten, damit die Kollegen regelmäßig Versammlungen abhalten können. Die Revisoren sind insgesamt 23 mal in Tätigkeit getreten. Der Bericht schließt: Die kommende Zeit stellt große Anforderungen an uns, denn sie steht im Zeichen der Krise. Es ist deshalb Pflicht aller Kollegen, sich dessen bewußt zu sein und mitzuhelfen an dem Werk der Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals. Die Zeit ist ernst; wir dürfen darum nicht die Hände in den Schoß legen, sondern wir rufen: Kollegen, auf die Schanzen!

**Nach den Listen des Germanischen Lloyd** sind in der Zeit vom 1. bis 8. Dez. im ganzen 218 Schiffsunfälle gemeldet worden. Es sind 7 Dampfer und 12 Segelschiffe total verloren gegangen, 155 Dampfer und 44 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

**ph. Festgenommen** wurde ein Malergehilfe aus Rostock, der dringend verdächtig ist, einem Gemäldehändler 110 Mk. gestohlen zu haben.

**ph. Die Not der Zeit.** Gekentlich einer Razzia vor dem Hofkontor wurden in einer Ziegelei 11 obdachlose Personen angetroffen, die widerrechtlich eingebrochen waren. Diese Personen wurden festgenommen und haben sich wegen Hausfriedensbruch zu verantworten.

**„Kaiser Karls Geisel“.** Das neue Gerhart Hauptmannsche Stück, welches kürzlich in Berlin bei seiner Erstaufführung tiefen Eindruck hinterließ, ist für das Stadttheater-Proditorium erworben worden und gelangt in der zweiten Februar-Hälfte zur Aufführung; ebenso das neue Lustspiel von Skowronnek „Panne“, das einen gleichen Lachserfolg wie „Dutarenkleeber“ erzielte.

**Stadttheater-Proditorium.** Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Zum Einheitspreise von 50 Pf. wird Sonnabend das Lustspiel „Der Königslieutenant“ von Gutzkow gegeben. Eine Wiederholung dieses anständigen Stückes findet nicht statt. Sonntag nachmittags 4 Uhr findet nach langer Pause wieder eine Fremden-Vorstellung zu kleinen Preisen statt. Zur Aufführung gelangt das spannende Schauspiel „Der Strom“ von Max Halbe. Abends 7 Uhr wird die große Oper „Die Weifersinger“ von Nürnb. von Richard Wagner sein erstes Mal wiederholt. Montag geht der unverwundliche, urkomische Schwant „Charleys Fante“ in Szene. Signorina Presto ist wieder kommende Woche zwei Gastspiele absolviert. Das erste am Dienstag den 20. d. Mt. als „Carmen“, das zweite Freitag in „Trapeziana“.

**Sekret.** Parteiversammlung. Die nächste Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonnabend den 18. Januar, abends 8 Uhr, in Fränksches Lokal statt. Da der Genosse Feidler über die letzten Landtagsverhandlungen sprechen wird, ist es Pflicht aller Genossen und Genossinnen in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Gredeswürfen.** Wozu die Polizei da ist, das kann man jetzt anläßlich des Streiks auf der Malzfabrik hierorts genau beobachten. In der Beschäftigung der „Arbeitswilligen“ zeigt die Germania nämlich einen Eifer, wie er größer schon nicht mehr entfaltet werden kann. Selbst die Gendarmerie ist zu jenem Tun mit herangezogen worden! Dabei denken die Streikenden gar nicht daran, den Arbeitswilligen körperlich zu nahe zu treten. Gedanken freilich kann kein noch so starkes Polizeiaufgebot verhindern, und wie man über Menschen denken muß, die ihren Arbeitskollegen in den Rücken fallen, braucht den Lesern eines Proletarierblattes nicht mehr auseinander gesagt zu werden.

**Hamburg.** Zum Bericht der Handelskammer. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: „Wir haben schon bei der Besprechung des Jahresberichts der hiesigen Handelskammer darauf hingewiesen, daß die Arbeiterverhältnisse in diesem Bericht eine einseitige Beleuchtung gefunden haben. Bei der Darstellung des Hafensollakts im April heißt es in dem Bericht: „Der Kampf, der wieder zu sehr bedauerlichen Gewalttätigkeiten der Arbeiter gegen Arbeitswillige führte und die Sicherheit im Hafen in hohem Grade gefährdete, endete mit der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit durch die Arbeiter zu den im Jahre zuvor mit ihnen vereinbarten Bedingungen.“ Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ hat demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit das Resultat langer Verhandlungen war, und erst erfolgte, als der Hafenbetriebsverein den Arbeitern bestimmte Zusicherungen gab über die Einführung der Nachtschicht und eventuelle anderweitige Regelung der Nacharbeit durch Verhandlungen mit den Arbeitern, wenn die Nachtschicht nicht eingeführt werden sollte. Das sozialdemokratische Organ forderte den Abgeordneten Gessner, der bei dem Konflikt die Vermittlerrolle gespielt hat, auf, der Darstellung der Handelskammer entgegenzutreten. Dies ist nunmehr geschehen. In einem Artikel im „Hamburger Fremdenblatt“ erklärt Gessner, daß der Bericht der Handelskammer tatsächlich unrichtig sei. Gessner schließt mit den Worten: „Ich gebe nun der Hoffnung Raum, daß die Handelskammer Gelegenheit nehmen wird, ihre Auffassung vor der Öffentlichkeit zu ändern. Sie würde dadurch einer

begreiflichen Unruhe, die sich der Hafenarbeiterschaft bemächtigt hat, den Nährboden nehmen und sich von dem Vorwurfe befreien, der Geschichte Zwang angetan und dadurch unnötigerweise einen neuen Zwiststoff in die Arbeiterschaft des Hamburger Hafens getragen zu haben.“ — Das wird, wie wir zu dieser Mitteilung des Frankfurter Blattes hinzusetzen möchten, die Handelskammer, diese Interessenvertretung des Besitzes, wohl kaum tun.

**Hamburg.** Erdbeben. Vorgestern nachmittags wurde von den Instrumenten der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung ein Fernbeben von mittlerer Stärke registriert, dessen Herd etwa 9000 Kilometer entfernt liegen dürfte. Beginn der ersten Vorläufer 2 Uhr 9 Min. 29 Sek., der zweiten Vorläufer 2 Uhr 19 Min. 34 Sek., der Hauptbewegung 2 Uhr 39 Min. — Die Dauer der Aufzeichnung beläuft sich auf ca. 1 1/2 Stunden. — Durch ein größeres Feuer wurde ein großer Lagerraum der Dachpappenfabrik von Schlüter u. Pürmster, Hammerdeich, zerstört und die benachbarten Räume in Mitleidenschaft gezogen.

**Neumünster.** Aber die Polizeieigresse am Sonntag anläßlich der Wahlechtsdemonstration wird in der bürgerlichen Presse von Augenzeugen berichtet. So schreibt ein solcher im „Holst. Courier“: „Wie kann es überhaupt angehen, daß einem unteren Polizeibeamten, wie hier dem Kommissar Gutschmann, eine solche Machtbefugnis eingeräumt wird, nach seinem Ermessen die ihm unterstellten Mannschaften, er an der Spitze, auf die Bürgergesellschaft loszulassen? Lag denn überhaupt ein zwingender Grund zu solchem Einschreiten hier vor? Nein! und abermals nein! Die Menge hätte sich ebenso schnell verlaufen, wie an anderen Orten. Die Polizei hat nicht den Frieden gefördert, und das was ihr in Szene gefetzte Maffakte erfordert eine strenge Unteruchung und eine nicht weniger strenge Verurteilung der allzu schnelidigen Draufgänger. Die Menschenmengen waren nach Ansicht aller Augenzeugen gar nicht im Stande, der Aufforderung zum Auseinandergehen zu entsprechen, weil man sie von allen Richtungen her zusammentrieb. Und wer bekommt die Sabelhiebe? Friedliche Passanten, die teils von Beerdigungen zurückkehrten, teils spazieren gingen und plötzlich von der vor den ohne Grund dreinschlagenden Polizeifisten liehenden Menge umflutet waren. Anwohner der Holstenstraße und des Großfleckens haben die Vorgänge beobachtet und man darf zuverlässig erwarten, daß der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Haushilt, der aus seinem Wohnungsfenster heraus der Polizei zurief, sie solle sich mäßigen, die ganze Affäre an geeigneter Stelle zur Sprache bringe. Mäße aber unsere Polizeiverwaltung wohl bedenken, wenn sie eine so unumschränkte Machtbefugnis erteilt: dies darf nur ein Mann sein, bei dem Kaltblütigkeit, Überlegung und Mäßigkeit sich paaren, auf keinen Fall ein Heißsporn, der gar nicht durchsieht, welchen nicht wieder gut zu machen Schaden er der Stadt und ihrer Bevölkerung zufügt. — Sehr erfreulich hat es die gesamte Einwohnerschaft berührt, daß Herr Stadtrat Nißen, als er von dem Maffakte Kenntnis erhielt, sofort die Zurückziehung der Polizeimannschaften anordnete.“

**Wandorf.** Unglücksfall. Kaufmann Joh. Schlüter wollte nach einem Jagdausflug sein geladenes Gewehr wegstellen. Dabei entlud sich der Schuß und traf ihn schwer in die Brust. Er wurde in die Akademischen Heilanstalten nach Kiel geschafft, wo er jetzt seinen Verletzungen erlegen ist.

**Hamburg.** Ein schweres Unglück ereignete sich, wie bürgerliche Blätter melden, nachts auf dem Raffberg, wo Schreyahn im Wendlande. Bei der Einfahrt des Forderbordes riß das Drahtseil. Der Korb stürzte mit fünf Mann Befassung auf die Sohle des Schachtes nieder. Ein Schmied und ein Bergmann wurden sofort getötet, drei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

**Bremen.** In der Nordstraße an der unbekanntem auf der Dufe gefundenen Frau scheint die eingehende Ermittlung nunmehr Erfolg zu haben. Auf Grund von Mitteilungen der Polizeidirektion zu Dresden, der die Bekanntmachungen der hiesigen Polizeidirektion zugesandt waren, ist die Erwürgte vermutlich die Buchdruckerwitwe Marie Krüger, geb. Bulling, geboren den 9. Mai 1870 in Spittel bei Ramenz in Schlessen, und der Mörder vermutlich der Farmbesitzer Henry Ludwig Haas, 53 Jahre alt, geb. in Kleveland. Der Mörder befindet sich auf einem nach Südamerika fahrenden Norddampfer. In seiner Festnahme ist das Erforderliche veranlaßt. Der Mord scheint auf der Durchreise der beiden Personen nach Amerika verübt worden zu sein.

## Letzte Nachrichten.

**Böhusum.** Auf dem Schacht 2 der Zeche Konfordia entstand durch Entzündung schlagender Wetter eine Explosion, bei der zwei Bergleute und ein Feuer getötet wurden.

**Siegen.** In der Mühle bei Freudenberg explodierte ein Dampfkessel. Drei Personen wurden durch den austretenden Dampf schwer verletzt. Der Sohn des Besitzers ist seinen Verletzungen erlegen.

**Siegen.** In der Mühle bei Freudenberg explodierte ein Dampfkessel. 3 Personen wurden durch den austretenden Dampf schwer verletzt. Der Sohn des Besitzers ist seinen Verletzungen erlegen.

**Oberhausen.** Auf Schacht 2 der hiesigen Zeche Konfordia wurden gestern abend durch eine Explosion schlagender Wetter drei Bergleute getötet.

**Rftn.** Unter dem Vorstz des Landgerichtsdirektors Krabenberg fand gestern vor der 4. Strafkammer die Berufungsverhandlung in der Beleidigungssache des Reichstagsabgeordneten Roeren gegen den Bezirksamtman a. D. Schmidt statt. Zeugen waren nicht geladen. Die Beweisaufnahme schloß um 7 Uhr abends. Urteil: 400 Mk. Geldstrafe.

**Zimnan.** Beim Robeln vom Gabelbach verunglückten der Bäckermeister Fink und dessen Ehefrau. Ersterer wurde schwer verletzt. Die Frau war infolge Gendruckes sofort tot.

**Zillsthan.** Bei einer Treibjagd in Walmeröder entlud sich durch ein Versehen das Gewehr des Bauern Klode. Die Ladung drang dem neben ihm stehenden sechzehnjährigen Treiber Fischer in die Seite und zerriß dessen Lunge. Der Verletzte starb nach einer Stunde. Klode richtete aus Verzweiflung darüber die Waffe gegen sich selbst und erschloß sich.

**Bern.** Tatiana Leontjew, die Mörderin des Rentiers Müller, mußte aus dem Berner Zuchthaus in die Landesirrenanstalt gebracht werden. Sie zeigte sich in der letzten Zeit besonders widerspenstig.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig: für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellina. Verleger: L. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

# Inventur-Ausverkauf.

## Grosse Posten Steingut und Majolika

bis zur Hälfte des regulären Wertes herabgesetzt.

<b>Kompotteller</b> Stück jetzt <b>5</b> Pfg.	<b>Tassen</b> glatt weiss . . Paar jetzt <b>13</b> Pfg.	<b>Salatièren</b> dekor. 6 Stück im Satz jetzt <b>80</b> Pfg.	<b>Waschservices</b> extra gross elfenb. 5tlg. jetzt <b>250</b> Mk.
<b>Butterbrotteller</b> Stück jetzt <b>6</b> Pfg.	<b>Tassen</b> Zwiebelmuster . Paar jetzt <b>16</b> Pfg.	<b>Milchtöpfe</b> verschied. Grössen Zwiebelmuster Stück jetzt <b>25</b> Pfg.	<b>Waschservices</b> elfenb. mit gold 5teilig jetzt <b>500</b> Mk.
<b>Speiseteller</b> tief und flach . . Stück jetzt <b>7</b> Pfg.	<b>Tassen</b> neuer Dekor . . Paar jetzt <b>18</b> Pfg.	<b>Milchtöpfe</b> dekoriert Satz 6 Stück jetzt <b>150</b> Mk.	<b>Tafelservices</b> dekoriert 28teilig . . jetzt <b>650</b> Mk.
<b>Essig-u. Oelkrüge</b> mod. Dek. mit Schrift Paar jetzt <b>70</b> Pfg.	<b>Schneidebretter</b> glatt weiss . . Stück jetzt <b>15</b> Pfg.	<b>Vorratsstønnen</b> m. Schrift Satz 6 Stück jetzt <b>210</b> Mk.	<b>Tafelservices</b> aparter Dekor 28teilig jetzt <b>750</b> Mk.
<b>Sardinendosen</b> mit Auflage . . Stück jetzt <b>95</b> Pfg.	<b>Schneidebretter</b> versch. Dekore Stück jetzt <b>20</b> Pfg.	<b>Waschservices</b> dekoriert 4teilig . . jetzt <b>130</b> Mk.	<b>Tafelservices</b> neuer Dekor 28teilig jetzt <b>850</b> Mk.

Ein Posten <b>Majolika-Blumenkübel</b> verschiedene Modelle zum Ausschauen	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Stück <b>20</b> Pfg.	Stück <b>35</b> Pfg.	Stück <b>65</b> Pfg.	Stück <b>95</b> Pfg.	

Ein Posten <b>Damentäschchen</b> aparte feine Exemplare	bis mit mit	<b>50%</b> Rabatt.
Ein Posten <b>Kunst-Figuren</b> Galvanobronzen, Terrakotta, Kunstmasse		
Ein Posten <b>Fensterbilder</b>		

# Rudolph Karstadt, Lübeck.

**Uhren u. Goldwaren**  
Trauringe. 833 u. 585 gefl.  
anerkant billig bei  
**Ernst Gentzen**  
Uhrm. Königsstr. 62, b. d. Dörstr.  
Gebe rote Rabattmarken.

**Käs-Abteilung.**

Prima Holländer Käse . . . Pfd. 80 Pfg.
Prima Schweizer Käse . . . 80 "
Wollfett Zillster . . . 70 u. 60 "
Beste Käse . . . 50 u. 40 "
4 alte Hartkäse . . . 10 "
2 echte gr. Kräuterkäse . . . 15 "

**Fettwaren-Abteilung.**

Lammfleisch . . . Pfd. 85 Pfg.
Schweinfleisch . . . Pfd. 48 "
Ger. Lachs . . . Pfd. 80, 100, 120 "
weisses sauberes Schmalz . . . 60 "
Neutralis. Pflanzenbutter . . . Pfd. 55 "
Pa. Margarine Pfd. 70, 2 Pfd. 135 "
fetter und magerer Speck . . . Pfd. 80 "
ff. Strichfett . . . 30 u. 40 "
12 Stränge . . . 55 "
Magdeburger Sauerkohl 2 Pfd. 15 "

**Gemüse-Konserven.**

2 Pfd. Bohnen . . . 28 Pfg.
2 " Schnittbohnen . . . 28 "
2 " Leipziger Ackerlei . . . 28 "
2 " Spargel . . . 55, 70, 88 "
2 " Junge Erbsen 38, 48 u. 55 "

**Ed. Speck, 80 u. 82.**

**Empfehlung.**

Schweinfleisch . . . pro Pfd. 60 Pfg.
dicke fettes Rindfleisch . . . 60 "
Schweinfleisch . . . 60 "
Gebacktes Beefsteak . . . 70 "
Schinken-Beefsteak . . . 100 "

Sie will nicht unterlassen, ergeben zu bemerken, daß ich nur prima Ware verarbeite und verarbeite, wovon jede Hausfrau sich nach einmaligem Versuch überzeugen kann und welches mir von allen meinen werthen Kunden bekräftigt wird.

**Ausnahmsweise heute und folgende Tage sämtliche Ochsen- u. Schweinebratenstücke Pfd. 60 Pfg.**

**Willy Stapelfeldt,**  
Wickedestr. 5. — Engelsgrube 66.

## Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch einer werthen Anwohnerschaft von Markt die ergebene Mitteilung, daß ich am Sonnabend, den 18. d. Mts.

Ecke Chasot- und Bülowstraße  
**ein Kolonial- u. Fettwaren-Geschäft**

eröffnen werde. Es wird stets mein Bestreben sein, meiner werthen Kundschaft nur gute Ware zu billigsten Preisen zu liefern und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Friedrich Stadtländer.  
Bringe meinen Freunden und Bekannten mein heute abend stattfindendes

**ABEND-ESSEN**  
in gefälliger Erinnerung und bitte um zahlreichen Besuch.

C. F. Leukefeldt, Restaurant Fleischhauerstr. 34.  
Empfehle zu Sonntag:  
Prima fettes Rind- und Lammfleisch Pfd. 60 Pfg.

Bratenstücke . . . Pfd. 65 Pfg.
Beefsteak . . . 1 Mk.
Gulasch . . . 70 "
Kollfleisch . . . 80 "
Gebacktes . . . 70 "
Rindfleisch . . . 50 "
Kalbsteck . . . 60 "

sowie Pa. fettes Hammel- u. Lammfleisch Pfd. 70 Pfg., Schweinefleisch 60 u. 65 Pfg.

**Paul Boldt,** Wasmstraße 22.  
Fernsprecher 733.  
Empfehle:

**Sämtliche Fleisch- und Wurstwaren**  
in bester Qualität.  
**Oscar Keil**  
Schlachtere u. Wurstwaren in elektr. Betr.  
Schwarzenstr. 65, Ecke Westhofstr.  
Fernsprecher 1447.

**Kopfleisch**  
**Leberwurst**  
**Brotwurst**  
jeweils jeden Sonnabend  
**Warme Knackwurst.**  
**Heinr. Viereck**  
Fernsprecher 96.

**Zur billigen Fleischquelle**  
48 b. Königsstr. 48 b.  
Ausnahmsweise  
dickes fett. Rindfleisch  
junges Hammelfleisch **Pf. 60**  
jung. Schweinefleisch

Habe mehrere junge fette Pferde, worunter ein 2 1/2 jährig. Füllen geschlachtet.  
Gleichzeitig empfehle die verschiedenen Wurstsorten in bekannter Güte.  
**ff. heiße Knackwurst.**  
**Herm. Dose,**  
Rindschlachtere mit elektrischem Betrieb.  
Gundestr. Markthalle.

**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1907.  
3. Neuwahl der Bevollmächtigten und Reservierten.  
4. Anträge der Ortsverwaltung.  
5. Berichtsangelegenheiten.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.  
Die Bevollmächtigten.

## Sozialdemokratischer Verein

Secrek und Umgegend.

**Monats-Versammlung**  
am Sonnabend, den 18. Januar,  
im Lokale des Herrn Frähmke.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

**Zur alten Lohmühle.**  
**Heute Einweihung.**

Hierzu ladet ein  
**Otto Sterly.**  
NB. ff. Eisbein.

**Hansa-Theater**

Ab Sonntag, den 19. Januar:  
**Neues Programm.**

wozu 3 der bedeutendsten  
**Welt-Attraktionen**

verpflichtet sind und zwar:  
„Ritter von Renroff“  
„Stuart“

„The tree Olympiers“  
Vorverkauf ab heute bei Sager.

## Stadt-Theater.

(Provisorium)  
Direktion: **L. Piorkowski.**  
Sonnabend, 18. Januar. 7 1/2 Uhr.

Jeder Platz 50 Pfg.  
**Der Königsleutnant.**

Quintett in 4 Akten von Gukow.  
Sonntag, 19. Januar. 4 Uhr.

Freunden-Vorstellung.  
**zu kleinen Preisen.**  
**Der Strom.**

Abends 7 Uhr.  
**Die Meistersinger von Nürnberg.**  
Große Oper in 4 Akten von R. Wagner.  
Montag: **Charles Faute.**  
Dienstag: **Provest-Gastspiel.**  
G A R M E N.

## Peters am Schandpfahl.

Peters und Herr Sello begannen die Verhandlungen am Mittwoch mit dem Versuch, die Tatsache in Rede zu stellen, daß von der klägerischen Seite auch im letzten Augenblicke wieder der Versuch des Rneiffens gemacht worden ist. Beide erklärten, daß sie einen Vergleich nicht angeregt hätten, wie die Presse gemeinlich habe. Rechtsanwalt Falk, der Verteidiger Bennigsen, stellte jedoch fest, daß Rechtsanwalt Rosenhals, der Rechtsbeistand des Peters in dem Münchener Prozeß, einen solchen Vergleich anzubringen versucht habe. Daß aber Rechtsanwalt Rosenhals auf eigene Hand in diesem Stadium des Prozesses einen Vergleichsvorschlag unternehmen hat, mag Peters zehnmal behaupten, glauben wird es ihm kein Mensch!

Nachdem der aus dem Vorliegenden noch einmal unternommene Versuch, einen Vergleich zustande zu bringen, gescheitert war, versuchten Herr Peters und Herr Sello noch aufs hohe Ross zu schwingen! Herr Sello riskierte die groteske Behauptung, auf den „Luckerbrief“ allein komme es in dem Prozeß an. Vebel habe behauptet, Lucker habe einen Versuch des Peters abgelehnt, weil er ihn für einen Mörder halte. Das sei aber die „niederträchtigste Fälschung.“ Folglich erstrebe die Anklage des Peters in steckenloser Reinheit. Peters überbot diese Mährchen noch mit der ihm eigenen Unversorgenheit. Er erklärte, der Tag der Verhandlungen, an dem sein Briefwechsel mit dem Bischof Smithies bekannt geworden, sei für ihn „der herrlichste Tag seines Lebens.“

Der zur Verlesung gelangte Briefwechsel bewies dagegen gerade, daß ziemlich alles, was Vebel in der Reichstagsdebatte vom 13. März 1896 über den Luckerbrief mittelte, zutrifft. Nur hieß der Bischof nicht Lucker, sondern Smithies! Smithies lehnte einen Empfang des Peters ab, solange sich Peters nicht von der Anschuldbildung des Mordes gereinigt habe! Und Peters übergab, wie schon am Mittwoch festgestellt wurde, dem Major Kentrick den sogenannten „Briefentwurf“ ausdrücklich zu dem Zwecke, ihn eventuell dem Bischof Smithies zu übermitteln! In diesem an die Adresse Smithies gerichteten Briefe aber gab Peters zu, daß Mabruk auch des Geschlechtsverkehrs mit den schwarzen Konkubinen der Offiziere verdächtig gewesen sei! Ungefähr das gleiche sollte aber auch in dem Luckerbrief gestanden haben. Die „niederträchtige Fälschung“ des Herrn Sello bestand also in der ganz nebensächlichen Verwechslung der Adressen!

Rechtsanwalt Falk und Herr v. Bennigsen selbst leuchteten denn auch dem Peters und seinem Verteidiger gründlich heim. Sello hatte sich, was für einen Juristen ganz unglaublich ist, zum Beweise für die Reinheit des Peters auf die kaiserliche Begnadigung des Peters berufen. Rechtsanwalt Falk erklärte kühl und Sarkastisch, daß er Herrn Sello auf dies Gebiet nicht folgen könne, vermöge er doch nicht nachzuprüfen, auf wessen Vortrag hin die Begnadigung erfolgt sei! Vom Kolonialamt sei der Vorschlag der Begnadigung sicherlich gemacht worden! Im übrigen komme es gar nicht auf die Beteuerungen des Peters in seinen Briefen an Smithies an, — schon Bischof Smithies selbst wies auf diese Unschuldbeteuerungen mit der spigen Bemerkung zurück, er habe gehofft, daß der des Mordes beschuldigte Peters

andere Beweise seiner Unschuld beizubringen vermöge, als seine eigenen, d. h. des Beschuldigten Erklärungen! — sondern auf die Tatsachen, auf die Taten des Peters! Diese Taten aber seien in den beiden Disziplinargerichten festgestellt. Darüber hinaus aber habe der diesmalige Prozeß erwiesen, daß Peters sich die ungeheuerlichsten Brutalitäten habe zuschulden kommen lassen. Dr. Falk verwies auf das beispiellos rohe Wort an den Maler Kühnert: „Wollen Sie noch einen schwarzen schießen?“, auf den noch von grauenhafterem Inzermus zeugenden Trinkspruch: „Es lebe der selige Mabruk!“, auf die mit ungeheurer Rohheit vollzogene Auspeitschung der Jagodja usw. usw.

Gravierend für den Peters sei auch, daß er zu einer Zeit, wo noch Belastendes für ihn festgestellt gewesen sei, die Disziplinarurteilung ruhig habe über sich ergehen lassen. Erst nach 15 Jahren, als er Gras über die Geschichte gewachsen wähnte, habe er seine „Rehabilitierung“ versucht. Aber Peters sei tot. Und mit ihm die Petersklippe! Denn die Versuche des Herrn Arendt, die Zeugenaussagen des Konsuls Baumann und des ehemaligen Leutnants Bronsart v. Schellendorff als unglaubwürdig hinzustellen, seien schmähtlich mißglückt!

Scharf und schneidig fertigte dann noch Herr von Bennigsen selbst den Peters und Herrn Sello ab. Er sei nach wie vor der Überzeugung, daß Peters sich der Ehre eines deutschen Beamten durch seine Taten verlustig erklärt habe. Die ungeheuerliche Brutalität der Urteile gegen Mabruk und die Jagodja seien nur dann erklärlich, wenn sexuelle Motive mitgesprochen hätten. Wenn Herr Sello gemeldet habe, er, Bennigsen, habe in seinem Vorgehen den Grundsatz nicht bedacht: „Noblesse oblige“, so bestreite er Herrn Sello jede Kompetenz zu solchem Urteil. Und wenn er jemals im Zweifel darüber sein sollte, wozu der Abel verpflichtet, so werde er sicherlich nicht Herrn Sello um seinen Rat bitten. Er sehe dem Urteilspruch mit vollem Gleichmut entgegen. Sollte wirklich eine Verurteilung erfolgen, so werde er sich mit dem Worte trösten: Summa jus, summa injuria. (Das höchste Recht ist das höchste Unrecht.)

Das Urteil wird erst am 22. Januar verkündigt werden. Wie es auch ausfallen mag, der Peters und die Petersklippe ist gerichtet für alle Zeiten, gerandmarkt! Auch die Auslagen des kommissarisch vernommenen ehemaligen Gouverneurs v. Soden haben den Peters noch mehr belastet. Und nicht nur den Peters, sondern unsere ganze Kolonialverwaltung, die sich von der Petersklippe, den Arendt und Konsorten terrorisieren ließ, Herr v. Soden bekundete, daß er vergeblich den Kolonialdirektor Kayser zur Einleitung einer Unteruchung veranlaßt habe. Auch Caprivi habe ein Einschreiten gegen Peters abgelehnt. Und das, trotzdem Herr v. Soden Caprivi geschrieben hatte, daß „ein solcher Versuch“ wie Peters nicht länger im Kolonialdienst geduldet werden könne! Der Petersprozeß entrollte also nicht nur die Schande des Peters und seiner Hintermänner, sondern auch die Schmach der deutschen Kolonialpolitik!

Ob nun die Begnadigung des Peters wieder rückgängig gemacht werden wird?

## Soziales und Parteileben.

Der „Notzhrei“ des Bäckers Kaiser. Aber die Magdeburger Neustädter Konsumvereinsbäckerei hatte der früher in ihr beschäftigte Bäcker Wilhelm Kaiser aus Rache eine Broschüre geschrieben, in der er skandalöse Zustände schilderte und ekel-

erregende Vorgänge behauptete, die in der Bäckerei vorgekommen sein sollen. Schon die Tatsache, daß dieser „Notzhrei“ eines Bäckerarbeiters gerade im Monat der Reichstagswahlen erschien, beweist, daß man damit nur für den Bloß Stimmengang treiben wollte. Die Lügenverbandspresse hat ja denn auch die von Kaiser aufgestellten Behauptungen genügend ausgenützt. Vorher hatte der Arbeitersekretär Mößlinger noch viel skandalösere Zustände in der Kleinbäckerei Magdeburgs ans Tageslicht gezogen, die natürlich von der Lügenverbandspresse unbeachtet gelassen worden waren. Die Verwaltung des Magdeburger Konsumvereins, die sich eines guten Gewissens bewußt gewesen sein muß, klagte deshalb gegen den Bäcker Kaiser. Nunmehr ist aber der letztere vor dem Magdeburger Schöffengericht nach zweitägiger Verhandlung freigesprochen worden, weil die in der Kaiserlichen Broschüre geschilderten Mißstände als wahr erwiesen seien. Selbstverständlich ist dies Ergebnis ein gefundenes Fressen für die bürgerliche Presse. Der Prozeß spricht aber natürlich gar nicht gegen die Konsumvereinsbäckereien als solche, und noch weniger etwa gegen angeblich sozialdemokratische. Die angelegentlichen Mißstände beziehen sich sämtlich auf eine Vergangenheit, in der der Verein noch eine bürgerliche Leitung hatte. Gleichwohl wird man den Ausgang des Prozesses gegen die Konsumvereinsbäckereien überhaupt ausschalten. Es ist daher gut, sich die Zeugenaussagen etwas näher anzusehen. Ein Zeuge erklärt, daß auf sein Betreiben Spucknapfe angeschafft wurden, weil der Angeklagte Kaiser öfter auf den Fußboden spuckte. Sigmund habe sich Kaiser zum Zeugen gewandt und gesagt: „Kollege, Du gestattest doch, daß ich auf den Fußboden spucke?“ Auch sonst hat Kaiser mehrmals vor dem Zeugen zum Zeichen der Beachtung ausgespuckt. Kaiser wurde früher von seinen Freunden Jöllner und Leonhardt als „großer Schlamassel“, das heißt: Liebediener, bezeichnet. Zeuge Jöllner beklagt das. Zeuge Wötcher Dreisel, jetzt Lagerhalter im Konsumverein, teilt mit, daß Beklagter Kaiser in einer Vorstandssitzung mehrmals aufgefordert worden war, Mißstände zur Sprache zu bringen, es sei aber nicht geschehen. Diese Aufforderung ist kurz vor Erscheinen der Kaiserlichen Broschüre erfolgt. Zeuge Bäckemeister Büchner, früher im Konsumverein, hat einmal gesehen, daß der Beklagte Kaiser seine Holzpantoffeln in einem Bäckereimer gereinigt hat. Während der Verhandlung mochte der Vorsitzende einen Vergleichsvorschlag dahin, der Beklagte solle erklären, daß unter der jetzigen Leitung Mißstände nicht vorgekommen seien. Der Beklagte erklärte, er würde die Beschuldigungen zurücknehmen, auch die Kosten übernehmen, befürchte aber, daß dann die Sozialdemokratie Kapital daraus schlage. Schließlich scheiterten die Vergleichsverhandlungen an der Kostenfrage. Die Freisprechung des Ehrenmannes Kaiser befragt also nichts gegen die jetzige Leitung des Konsumvereins. Alle angeblich erwiesenen Mißstände fallen der früheren, bürgerlichen Leitung zur Last, und alle Versuche, den Prozeß gegen die Konsumvereinsbäckereien überhaupt auszubeuten, müssen platt zu Boden fallen.

Vereinigung der Dresdener Tabakarbeiter und neue Zersplitterungsbestrebungen. Die Einigung unter den Dresdener Tabakarbeitern ist nunmehr im Verfolg des Ergreifens der Urabstimmung vollzogen. Der Lokalverband hat sich am 2. Dezember 1907 aufgelöst. Die Schlußabrechnung und Übergabe der Kasse und Utensilien an die Dresdener Verwaltung fand am 5. Januar unter Weisung eines Mitgliedes des Zentralvorstandes des Tabakarbeiterverbandes statt. So erfreulich dieses Resultat im Interesse der Arbeiterbewegung ist, so bedauerlich ist es, daß sich ein Teil der Sonderbündler dem Vereinigungsbeschluß nicht fügen will und eifrig die Zersplitterungsarbeit weiter betreibt und eine neue Sonderorganisation mit Anschluß an die Reste der Freien Vereinigung anstrebt, die durch ihre Annäherung, wie es scheint, überall eifrig wählen, um den Verlust, der ihnen durch die erfolgte Einigung im Baugewerbe erwächst, wieder wett zu machen. Das wird natürlich unmöglich sein, aber an dieser Zersplitterungsarbeit haben doch schließlich nur die Unternehmer ihre Freude.

## König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

An einem der letzten Julitage des Jahres 1688, zeitig am Morgen, der sonnenklar über London aufgegangen war, befanden sich in einem der königlichen Gemächer des Palastes von Whitehall zwei Herren, die dann und wann ein halb-lautes Gespräch führten, oft aber ihre finsternen und mißmütigen Gesichter lauschend gegen die große Seitentür des Zimmers wandten. Der eine war der gehaltene und gefürchtete Lord Sunderland, Minister Jakob des Zweiten und die rechte Hand zu allem, was der König tat, der andere der Vater Edward Petre, vom Orden Jesu und Beichtvater Sr. Majestät, eine nicht minder wichtige Person in der Geschäfte des letzten Stuarts, der ihn jedoch trotz des lauten Schreies und Abscheurufes im ganzen Lande zum Kabinettssekretär und Mitglied des Staatsrates ernannt hatte.

Der Lord war ein großer dünner Herr mit goldener Ehrenkette auf dem braunen geschlitzten Seidenrock, in welchem er stützlich und stolz ausah. Seine Perücke schloß sich dicht an eine runde hohe Stirn, und diese war voller Falten, welche sich bis auf die starke Nasenwurzel hinab zogen. Mit eingetrockneten Lippen und schnellblitzenden Augen ging er auf und ab, die schmalen Hände, welche halb unter den glänzenden faltigen Krausen verborgen waren, auf den Rücken gelegt, und nur zuweilen stand er vor seinem Gefährten still, der schwarz und schweigend auf einem der großen gestickten Sammetstühle mit gewaltiger Lehne Platz genommen hatte.

Vater Petre war klein und behend, geschmeidig und freundlich, aber sein langer Kopf hatte für einen weit größeren Körper gepaßt. Er war Jesuit, erzogen in der Kunst der Verkennung und im heiligen Eifer für seines Ordens Sache, und doch warf man diesem gefürchteten Priester vor, daß er ein schlechter Jesuit sei, denn er war einer jener ungestümen Fanatiker, die ihre Schlaubeit ihrer Festigkeit zum Opfer bringen und, die Kränze der geduldigen Demüthigkeit vernachlässigend, lieber mit Messern schneiden, als mit vergifteten Nadeln töten.

Zu allem, was der König getan, hatte Petre getrieben, und Sunderland war stets das willige Werkzeug der Aus-

führung gewesen. Er suchte frühere Opposition durch ein Übermaß von untertäniger Knechtschaft gut zu machen; jetzt aber war etwas geschehen, das diese beiden Vertrauten des Königs im höchsten Grade unruhig und bestürzt machte. — Der König hatte, nachdem er katholische Offiziere überall in Heer und Flotte geschoben, nachdem er katholische Lords in den Geheimrat gebracht, katholischen Priestern Stellen gegeben, katholische Kirchen und Jesuitenschulen in London errichtet, seinen Plan, England zu bekehren, mit mehr Ungestüm weiter verfolgt, als selbst Petre gut hieß. — Jakob befürchte an seinem Hofe, wer sich irgend befehlen ließ. Lord Sunderland war einer der Ersten gewesen, der in Messe und Beichtstuhl ging; wer widerstand, mußte weichen. Die treuen Freunde des Königs, Rochester und Sommerset, wurden fortgeschickt, dazu hatte Petre geraten; die protestantischen stolzen Lords, die Grafen von Shrewsbury, von Devonshire und Danby samt vielen anderen durften nicht mehr in Whitehall (dem englischen Königsschloß) erscheinen, statt ihrer gingen Quäker aus und ein, darunter William Penn, der Mann der Wahrheit im breitgekrämpften Hut. Dissenters aller Art, die zu Taufenden vor kurzem noch in den Gefängnissen gefesselt hatten und nun befreit waren durch des Königs Gnade, der laut bei allen Gelegenheiten ausrief, daß es jeder hörte, er werde nicht ruhen, bis er volle Gewissensfreiheit und Gleichberechtigung geschaffen hätte. Diese Verfolgten riefen allein dem Könige Beifall und rühmten seine Gerechtigkeit.

Das englische Volk aber wollte von solcher Gleichberechtigung nichts hören, die ihm Katholiken und Abtrünnige aller Art über den Hals brachte. So viel war von dem alten finsternen puritanischen Geiste aus Cromwells und der Republik Zeiten übrig geblieben, daß man alles eher vertragen mochte, als Kapizisten und papistische Wirtschaft, mit denen die ganze Willkür der Königsmacht in tausend Fäden zusammenhing. Karl der Erste war gefallen in dem Kampfe gegen die Heiligen im Lande, hauptsächlich darum, weil er die Freiheiten des Volks, die Rechte des Parlaments mit Füßen trat. Grenel ohnegleich bedeckten das Land der Erbweissheit mit Blut und Glend sonder Maß, bis endlich König, Hof und Junkerschaft in dem Blutmee untergingen, das sie heraufbeschworen hatten. Karl der Zweite hatte dann das englische Volk mehr noch geknechtet als sein Vater, aber trotz aller tyrannischen Gewalt, trotz seiner Rüste und seiner Schande war er klug genug, die Re-

ligion zu schonen. Mißtraulich gegen den heimlichen Katholiken auf dem Thron, hatte das Parlament die strengsten Maßregeln ergriffen, und Karl hatte sie alle befestigt, selbst die Testakte. Er wagte es nicht, an dem Glauben dieser Puritaner zu rütteln, darum ließ er die Katholiken töpfern und hängen und bestättigte die Blutrube der schuldlosen Schlachtopfer, die seine treuesten Freunde waren. Er mordete dafür die Männer des Volks; aber bei aller seiner Willkür konnte er es nicht hindern, daß gegen diese das Parlament neue Schranken baute, daß die Habeas-Corpus-Akte (englisches Staatsgrundgesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom Jahre 1679) von ihm genehmigt werden mußte, trotz des Geschreies, man könne mit ihr nicht regieren.

Witten in den Kämpfen des alten Königs, das Volk demütig zu machen, das Parlament in Vergessenheit zu bringen, mitten unter Prozessen, Folttern, Verbannungen, Hängen und Köpfen starb Karl der Zweite plötzlich am Schlagfluß. Jakob war König, der Katholik, der Mann, den man verabscheute, der schon zweimal verbannt und wieder berufen war, den eine mächtige Partei in blutig bestraften Verschwörungen der Krone verlustig erklären wollte, er saß jetzt auf dem Throne, und sein Herz dürstete nach Rache. — Bald sah man einen Aufstand und neue Schaffotte. — Graf Argyle endete so, darauf Herzog Monmouth; mehr als 500 Edle und Männer aller Stände schlachtete der Oberrichter Jeffreys hinterher. Alles aber ertrugen diese Engländer. Sie sahen des Volkes beste Freunde flüchten, sterben und zu Bettlern gemacht, ja sie hätten noch vielmehr ertragen, nur das eine nicht, nur nicht, daß die Testakte aufgehoben, daß katholische Priester öffentlich Messe lasen, daß Gewissensfreiheit sein sollte. — Katholiken im Heere und an den Universitäten, Jesuiten im Geheimrat, katholische Bischöfe im Oberhause — das alles hatte der König in drei Jahren durchgesetzt. Nun aber wachten die Gottseligen im Lande wieder auf; die Babakuts und Hefeklets predigten von neuem auf den Märkten, die Konventikel erstanden, beschützt von Wolke, und überall erscholl die Stimme der Begeherten gegen den schuldbeladenen Moloch auf dem Throne, der den alten Sauerteig Roms wiederum über England bränge. Dies geschah zu derselben Zeit, wo in Frankreich Ludwig der Biergehnte das Geditt von Nantes zerriß, wo die Protestanten mit Hunderten in die Kirche gehen und als vogelfrei gemordet wurden. — Ludwig war der Freund und Verbündete Jakobs, und wer wußte es nicht, daß man

Das Reichsgericht und § 153 der Gewerbeordnung.

Der § 153 der Gewerbeordnung findet auf Verurteilungen bei Aussperungen keine Anwendung. Der Tischlergeselle Paul Rysok ist am 28. Juni v. J. vom Landgericht I in Berlin wegen verurtheilter Nötigung und Verurteilung nach § 153 der Gewerbeordnung zu Gefängnisstrafe verurteilt worden.

besonders von den deutschen Organisationen schon im Interesse ihrer Finanzen längst gewünscht wurde.

Fortschritte und Erfolge des österreichischen Transportarbeiter-Verbandes. Der noch junge Verband zählt gegenwärtig 84 Ortsgruppen und 44 Zahlstellen. Der Wert der für die Mitglieder errungenen Lohnerhöhungen sowie der Arbeitszeitverkürzung im letzten Jahre ist ein kolossaler.

Die vereinigten Gewerkschaften in Ronneburg (S.-N.) haben das Parteilokal „Fürstenteller“ zum Preise von 69 000 Mk. käuflich erworben. Das Grundstück soll als Gewerkschaftshaus in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt werden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 16. Januar 1903.

Am Bundestagstische: Nachmittags 1 Uhr.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Fürsten zu Jann- und Rynphausen in üblicher Weise.

Nach debattelloser Erledigung mehrerer kleineren Vorlagen wird in der Beratung der Poleninterpellation über die Enteignungsvorlage fortgefahren.

Dr. Decker (Fr. Wg.): Die Enteignungsvorlage verstoßt gegen die Rechtsgleichheit der Staatsbürger. Auf frühere historische Vorgänge kann man sich nicht berufen; sonst kommt man schließlich noch zur Verteidigung des Strandaubes.

vatio-liberale Paarung ihre segensreichen Wirkungen auch auf die Blockpolitik ausüben wird. Dann muß die Enteignungsvorlage fallen. (Hdt. b. d. Soz. und i. Ztr.)

Lebebour (SD.): Herr Decker hat dreimal wiederholt, daß er im Ernst sprach. Die Versicherung war notwendig. Andere Leute haben nämlich nicht geglaubt, daß Herr Bülow plötzlich in die Arme des Herrn Decker sinken wird. (Heiterkeit.) Das Verhalten der Bundesratsvertreter bei dieser Interpellation entsprach der alten lieben Gefflogenheit, sich um die Beantwortung unbequemer Fragen zu drücken.

in Whitehall über die Jagd der Keger jubelnd frohlockte. Was mußte bald genug das Los des englischen Volkes sein!

Aber wie mild und verkehrt auch der Sinn der Sündlinge des Königs war, sie erschrafen doch, als Jakob sich nicht zurückhalten ließ, die Gewissensfreiheit öffentlich zu proklamieren, aus eigener Nachvollkommenheit, ohne das Parlament zu fragen, ohne die Gesetze zu beachten.

Alle diese Vorgänge, vermählt mit Gewalttaten und Überfreitungen der königlichen Macht, reizten auch die ruhigsten Männer. Der König stellte den Satz auf, er habe das Recht, nach seiner Belieben die Strafreise zu suspendieren. Der Leierdöner verbot er und befehl nun den Bischöfen die Gewissensfreiheit von allen Kanzeln nach jedem Gottesdienste zu verkündigen.

Als dahin hatten Sunderland und Petre den König geleitet und getrieben, als er aber weiter ging, als er sieben Bischöfe in den Tower (Turm-Gefängnis) werfen und ihnen den Prozeß wegen Hochverrats machen ließ, hielten und wärmten sie — vergebens. König Jakob wies auf den Himmel und schwor, zu Gottes Ehre müsse er sein großes Werk vollenden. König sei er und mächtig genug, weltliche Untertanen und klerikale Bischöfe zu strafen.

Offiziere und Soldaten vor den gefangenen Bischöfen niederfürzten, als diese in den Tower gingen, und um ihren Segen baten.

Heut aber war der Tag, wo diese glorreichen Gefangenen vor ihren Richtern, den Geschworenen standen. Schon in den letzten Jahren Karls des Zweiten war es durch die Hände der Minister dahin gekommen, daß die alten Freiheiten und Rechte immer weiter geschmälert wurden. Man preßte den Städten ihre Freiheitsbriefe ab, hier mit Gewalt, dort mit Drohungen und List, und gab sie ihnen nicht eher zurück, bis sie sie gefallen ließen, daß der König fortan die Bürgermeister und die Sheriffs beständige Besätze er die Bestätigung zwei Male, so könne er die Stelle nach eigener Macht besetzen.

Mit aller Sorgfalt waren nun wohl zu dem Prozesse der Bischöfe die Geschworenen angeworben worden, dennoch aber regte sich die längste Furcht in den beiden Staatsmännern des Königs, daß ein freisprechendes Urteil erfolgen könne, und sie täuschten sich nicht, wenn sie dies als das Schlimmste erachteten. Wäre ein Graf oder Herzog zu richten gewesen wegen Treubruch, Aufruhr oder Verschwörung, sie hätten Geschworene genug gefunden, die blindlings ihr: Schuldig! ausgesprochen, allein diese Bischöfe, angeklagt weil sie die verhassten Katholiken nicht für gleichberechtigt erklärten wollten, waren heilige und Märtyrer selbst in den Augen der gewissenlosen und ergebensten Werkzeuge der Regierung.

Vor den Türen des Gerichtshofes lagerten unabsehbare Volksscharen dichtgedrängt seit vielen Stunden und hartten des Richterspruchs, der noch immer nicht kommen wollte. Den ganzen Tag über hatte das Verhör gewährt, die beiden Verteidiger hatten gesprochen. Am Abend waren die Geschworenen in ihr Beratungszimmer geführt und dort der Szangung gemäß so lange eingesperrt worden, bis sie einig seien; allein die ganze Nacht war vorüber gegangen, und noch immer blieben die Meinungen getrennt.

Der Hof, die Stadt, das Land, der König selbst, alle hartten mit leidenschaftlicher Erregtheit des Ausgangs, und hier finden wir nun im königlichen Empfangszimmer die beiden vertrautesten Räte ihres Herrn, düster blickend und mit gefurchten Stirnen, jeden Augenblick eines Boten gewärtig, der die übelste Nachricht bringen konnte.

„Ich wollte,“ sagte Lord Sunderland, indem er vor seinem schwarzen Kollegen stillstand, „daß die zwölf dickköpfigen Ratsbürger und Landjunker endlich Erbarmen mit uns hätten und unserer Ungewißheit ein Ende machten. — Sit es nicht ein schwächlicher Zustand, Petre, von solchen Schuften abzuhängen, die aus Krautläden und Werkstätten in die Gerichtssäle gerufen werden, um Recht zu sprechen! Wie ist es in Frankreich, in Deutschland, in Spanien, in allen Ländern anders, wo die fürstliche Macht ungebeugt feststeht, aber hier, hier —“ er murmelte unverständliche Worte, indem er seinen Spaziergang fortsetzte.

Der Vater Petre hob seinen langen Kopf mit den tief ausgehöhlten Backen langsam auf und erwiderte dann sanft und ruhig, wie er immer tat, und mit wohlklingender Stimme;

„Ihr seid zu rasch, Mylord, zu ungeduldig. Warum hat der heillose Widerstand des Parlaments es mit englischer Hartnäckigkeit nie gestattet, das römische Recht einzuführen? Gehe uns die gnadenreiche Gottesmutter nur über diese Prüfung glücklich fort, die unser gnädigster Herr im heiligen Eifer ganz gegen meine Warnung begonnen hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Wir wandeln auf den Wegen des großen Bismarck. (Lebh. Bravo rechts. Wiederholtes Wischen im Zentr., b. d. Polen und links.)

Fürst Radziwiłł (W.): Gibt dem Borredner den Rat, seine historischen Studien zu vertiefen. (Zwischenrufe b. d. Soz.): „Er ist noch sehr jung“. (Pkt.) Ich habe schon vor Jahrzehnten diese Polenpolitik der preußischen Regierung als einen Einbruch des Vandalismus in die politische Kunst, als das Gegenteil der politischen Moral bezeichnet. (Sehr richtig! b. d. Polen und b. d. Soz.) Auch die polnischen Bürger haben ihr Blut für das Deutsche Reich verspritzt. Mit der Enteignungsvorlage wird man die Klust zwischen Deutschen und Polen noch tiefer reißen. (Lebh. Weifall b. d. Polen.)

Dr. Göhrke (N.): Jeder Staat muß sich selbst erhalten, das ist das erste Gebot. Die Polen hegen fortwährend gegen Deutsche. So lange das nicht aufhört, müssen wir stets auf dem Wachposten stehen. (Bravo! b. d. Natl. und rechts.)

Dellos (Gf.): Wir Elsaß-Lothringer sympathisieren mit den Polen. Was Ausnahmegerichte bedeuten, haben wir unter der Herrschaft des Diktatorparagrafen am eigenen Leibe kennen gelernt. (Arm rechts, Weifall b. d. Polen, im Zentr. und b. d. Soz.)

Lebour (SD.): Die Schauererzählung von den beiden Schauerleuten, welche ihren Vater terrorisiert haben sollen, hat Herr Dr. Böhm als sozialdemokratischen Terrorismus ausgegeben, obwohl, erwiesen ist, daß die beiden Schauerleute weder Sozialdemokraten waren, noch gewerkschaftlichen Organisationen angehörten. Herr Dr. Böhm nennt sich im Reichstagshandbuch „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“. Als solcher muß er unsere Presse lesen und hätte berufsmäßig die Unwahrheit der Verleumdung erfahren können, die er hier verbreitet hat. Herr Dr. Böhm bezeichnet sich in dem schwarz-weiß-roten Handbüchlein ebenfalls als Mitglied des Reichsverbandes, sagt dem aber noch die Schlussbemerkung hinzu „Kampf gegen die Sozialdemokratie“ (Schallende Heiterkeit). Es ist das ein Zeichen von großer Laxe- und Geschmacklosigkeit. (Lebh. Unruhe b. d. Natl., Zustimmung b. d. Soz.) Ich beglückwünsche die Polen zu solchen Gegnern. (Heiterk. b. d. Soz. und Polen.)

Dr. Wotthoff (Fw): Auf die preußische Enteignungsvorlage möchte ich das Wort Macaulays anwenden: „Sie ist schlimmer, als ein Verbrechen, sie ist eine Dummheit.“ (Sehr wahr! im Zentr., bei den Polen, Soz. und Freil.) Als mein Freund Hetscher heute die Hoffnung auf den liberalen Reichskanzler setzte, hat zur selben Zeit der preussische Ministerpräsident im Abgeordnetenhause diese Hoffnung enttäuscht. (Hört! hört! bei den Polen u. Soz.) Die Hoffnung auf die etwas anormale Paarung (Gr. Pkt.) zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten ist vergeblich gewesen. (Erneutes Hört! hört! bei den Soz., Polen und im Zentr.) Wenn irgend eine Partei Veranlassung hat, dem Reichskanzler mit Mißtrauen zu begegnen, so ist es der entschiedene Liberalismus. (Erneutes Hört! hört! und Bewegung.) Ich verzeichere dem Reichskanzler, daß der größte Teil des Linksliberalismus seiner Politik ein ausgesprochenes Mißtrauen entgegenbringt. (Erneute Bewegung.)

Seida (Vole): Die Debatte hat gezeigt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht hinter der preussischen Polenpolitik steht. Nicht das deutsche Volk trägt die Verantwortung für die Enteignungsvorlage, sondern die Regierung und die Landräte. (Weifall bei den Polen und Sozialdem.) Aber auch wenn sie Gesetz wird, werden wir unsere nationale Gesinnung bewahren und Polen bleiben. (Lebh. Weif. b. d. Pol.)

Dr. Göhrke (N.): Lebour's Ausführungen beweisen nur, wie sehr die Sozialdemokratie den Reichsverband und meine Wirksamkeit fürchtet. (Lebhaftes Gelächter bei den Soz.)

Damit schließt die Besprechung. Persönlich bemerkt Lebour (SD.): Dr. Göhrke hat nicht widerlegt, daß Mangel an Takt ihn auszeichnen.

Vizepräsident Walsche: Ich rufe den Redner zur Ordnung. Lebour (fortfahrend): So will ich sagen, daß er mit seinen jetzigen Ausführungen keineswegs Witz gezeigt hat. (Heiterk. und Sehr gut! b. d. Soz.)

Es folgen die Interpellationen betr. reichsgerichtliche Regelung des Knappschaftswesens. Zunächst erhält zur Begründung der Interpellation der wirtschaftl. Vereinigung das Wort Behrens (Wirtsch. Vg.). Er bemängelt die Verschiedenartigkeit der Regelung des Knappschaftswesens in den verschiedenen Bundesstaaten und die unzureichenden Witwen- und Waisenrenten. Zur Abhilfe verlangt er die Regelung durch Reichsgesetz.

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. (Interpellationen betr. reichsgerichtliche Regelung des Knappschaftswesens, Viehsuchenges.)

## Aus dem Gerichtssaal.

**Wegen Entführung seiner Schlichterin**, der 18-jährigen Restaurateurstochter H., ist am 5. November v. J. vom Landgerichte Memel der Bücherrevisor und Privatmathemathiker Keiries zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Seine Schwester, die Buchhalterin Berta Keiries, hat wegen Beihilfe eine Woche Gefängnis erhalten. Der Angeklagte ist 38 Jahre alt, hat eine Frau von 21 Jahren und ein Kind. In die genannte Schülerin verliebte er sich derart, daß er ihr versprach, sich scheiden zu lassen und sie zu heiraten. Er schrieb an seine Schwester, die damals in Südafrika sich aufhielt, er wolle seine Geliebte entführen; sie möge kommen und ihm helfen. Sie kam mützlich, suchte ihm aber den abenteuerlichen Plan auszureden. Es half aber nichts, und wohl oder übel begleitete sie ihren Bruder und dessen Geliebte nach England. Keiries erhielt hier nicht, wie er gehofft hatte, Beschäftigung, und nachdem die mitgenommenen 1000 Mk. verbraucht waren, reiste man nach Ostpreußen zurück. — Revision gegen das Urteil hatte nur Berta K. eingelegt. Sie meinte, von Beihilfe könne bei ihr keine Rede sein, da sie ihrem Bruder immer abgeraten habe, das Mädchen zu entführen. Wenn sie doch mitgereist sei, so habe sie es nur getan, um dem Mädchen als Beischüsterin zu dienen. — Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet.

**Prägende Schulente.** Wegen Vergehens im Amte hatten sich in Mainz die Schulleute Friedrich Wilhelm Herzog, Peter Josef Dillmann und Joh. Seibel, alle in Rastel, zu verantworten. Die Angeklagten nahmen in der Nacht des 27. August (Kirchweihmontag) den 17-jährigen Tagelöhner Georg Heinze von Rastel fest und mißhandelten ihn auf der Straße sowohl als auch auf der Wachtstube. Die Angeklagten, die die Mißhandlung des H. bestritten, wurden durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet und zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außer den Kosten des Verfahrens wurden die Schulente auch mit den Kosten der Verhaftung belastet.

**Der gebildete Jurist auf Reisen.** Ein Rencontre zwischen einem Dr. jur. Heinrich D. z. m. aus Dortmund und dem Dr. med. Kehler aus Mante i. W. das sich im September v. J. in einem Eisenbahnabteil 2. Klasse der Strecke Köln—Dortmund abspielte, gelangte vor der Strafkammer des Landgerichts in Essen zur Verhandlung. Am Abend des 22. September kam der Dr. jur. H. Degmann (Sohn des Reichsbankdirektors Degmann) mit seiner Mutter von Köln. In Gelsenkirchen krieg in dasselbe Abteil der bejahrte Dr. med. Kehler mit seiner Frau und zwei erwachsenen Kindern ein. Der Dr. jur. Degmann, der lang ausgestreckt auf dem Polster lag, schlen von der neuen Reisegesellschaft wenig erbaut zu sein und bequeme sich erst auf wiederholtes Bitten, den hinzugekommenen Reisenden neben sich Platz zu machen. Da trotz des kalten Luftzuges ein Fenster ganz offen stand und die Frau Dr. Kehler dieses schloß, so entstand sofort Streit unter den beiden Familien, indem die Mutter des Dr. D. erklärte, bei geschlossenem Fenster nicht fahren zu können, die Frau K. aber nicht bei offenem. Den Streit dachte dann der „Jurist“ dadurch zu lösen, daß er aufrichtig barock erklärte: „Hier wird das Fenster geöffnet, das verlange ich!“ Als nun in erregter Weise der Dr. Kehler einen Stationsbeamten um Schutz anrief (Der Zug hielt noch in Gelsenkirchen, so lag der „Jurist“ Degmann den bejahrten Arzt in Gegenwart seiner Familie hinterwärts derart über den Kopf, daß der Hut des Arztes in weitem Bogen auf den Perron flog. Für eine solche Flegellei wäre nun wohl ein Arbeiter sofort aus dem Zuge gesetzt. Doch der Dr. jur. in der 2. Klasse konnte ruhig weiter fahren, nachdem ein Schaffner zum Schutze der Reisenden mit im Kupee Platz genommen hatte. Inbes auch der Schaffner, der die Partei des Dr. Kehler nahm und dem Herrn „Juristen“ seine Kuppelien als ungehörig vorhielt, imponierte dem Dr. jur. Degmann nicht. „Was wollen Sie denn? Sie kennen die Bestimmungen nicht; ich kenne sie besser, ich bin Jurist!“ In diesem Tone fertigte er den Schaffner ab, drohte auch im Beisein des Schaffners noch dem Arzt Dr. Kehler „noch ein paar herunter hauen zu wollen!“ — Und für dieses fleghafte Benehmen hatte der Staatsanwalt noch Worte der Entschuldigung und der Milde, er meinte sogar, durch das Wort „Unverschämtheit“ das Dr. Kehler gebrauchte, habe dieser den Herrn Degmann provoziert. Weil letzterer aber in der „Abwehr“ zu weit gegangen sei, müsse er selbstverständlich bestraft werden. Doch genügte dem Staatsanwalt eine Geldstrafe von 100 Mk. Das Gericht sah die Handlungsweise des gebildeten Herrn Dr. jur. etwas anders an: es verurteilte den „Juristen, der die Bestimmungen kennt“, zu 1000 Mk. Geldstrafe eventuell 100 Tage Gefängnis.

**Warum die Pfarrererköchin das Pfarrhaus anzündete.** Eine sehr interessante Verhandlung fand vor dem Schwurgericht in Nürnberg statt gegen die 19 Jahre alte Pfarrererköchin Marie Redrovic aus Ungarn wegen Brandstiftung. Die Tochter einer armen Näherin in Breßburg, kam die Redrovic durch Vermittelung eines protestantischen Pastors in Ungarn in eine bayerische Erziehungsanstalt und von da als Köchin in das protestantische Pfarrhaus nach Kirch-Farre nbach bei Nürnberg. Weil sie unter der Frau Pfarrer viel zu leiden hatte, entschloß sie sich, das Pfarrhaus anzuzünden und so der Frau Pastorin einen Schabernack zu spielen. Im August v. J. brannte zuerst die Pfarrererköchin nieder und am zweiten Tage sollte das Pfarrhaus selbst in Flammen aufgehen. Das zweite Attentat gelang aber nur halb. Zu jener Zeit war der Pfarrer in Ferien in der Schweiz. Der stellvertretende Pfarrer erklärte vor dem Schwurgericht: Ich habe, nachdem der Verdacht der Brandstiftung auf das Mädchen gefallen war, es unter vier Augen genommen und es eindringlich nach dem Grund der Brandstiftung gefragt. Die Marie wollte mit der Sache nicht heraus. Erst als ich sie bat, mir in meiner Eigenschaft als Beichtvater die Wahrheit zu sagen, gestand sie mir. Ich darf aber von diesem Geständnis keinen Gebrauch machen. Als dann alle Zeugen vernommen waren, bis auf den abgebrannten Pfarrherrn selbst — die Frau Pastorin war am Erscheinen verhindert, sie liegt in den Wochen — da wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und der stellvertretende Amtsbruder nahm auch die Zeugen mit aus dem Saal, aus Nächstenliebe für den verehrten Amtsbruder. Als die Türen dann fest verschlossen waren, fragte ein Richter die Angeklagte: Waren Sie Jungfrau, als Sie ins Pfarrhaus kamen? — Ja. — Sind Sie jetzt noch Jungfrau? — Nein. — Haben Sie mit einem ledigen Mann Umgang gehabt? — Nein, ein lediger war's nicht. Es wurde dann weiter festgestellt, daß die Pastorin aus Eifersucht auf das Dienstmädchen so untreulich und garrig war, und daß die Köchin dann ebenfalls aus Eifersucht auf die Pastorin das Feuer legte, ohne jedoch die Folgen zu bedenken. Aus letzterem Grunde kamen die Geschworenen zur Freisprechung der Angeklagten. Der Herr Pfarrer aber ging würdigen Schrittes aus dem Saale, um seine ihm vor Gott angetraute Gattin aufzusuchen, die in den Wochen liegt.

**Ein „Liebeskiller“ Vorgesetzter** ist der Sergeant Emil Gaudig von der 11. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 94 in Jena. Als die Mannschaft am Abend des 11. Dezember zum Baden ging, trieben die Musketiere Stern und Jülig untereinander Scherz, wobei der erstere nach seinem Kameraden mit dem Handtuch schlug. Da sah der Sergeant und während darüber sprach er auf Stern zu und gab ihm einen Fußtritt gegen den Rücken und einen zweiten gegen den Unterleib. Der so Matratzierte mußte vom Baden Abstand nehmen, da er vor Schmerzen kaum noch stehen konnte und blieb zwei Tage im Revolver. Der Arzt stellte eine Rückenverletzung und eine Bauch-muskelnverletzung fest. Vor dem Kriegsgericht der 33. Division in Erfurt, das sich infolge Anzeige weiter mit der Sache beschäftigte, behauptete der Sergeant Gaudig, zu seinen Fußritten durch den Soldaten „gereizt“ worden zu sein. Den „Liebeskiller“ Vorgesetzten traf eine Mittelarreststrafe von sechs Tagen.

**Sonderbare Bitten** treibt die religiöse Sektenbewegung. Vor dem Obergericht Schöffengericht hatte sich eine ältere Frau wegen Beleidigung zu verantworten. Sie hatte von einem angesehenen Bürger, der mit der Frau in einem Haus seit zwanzig Jahren wohnte, behauptet, daß der Mann seit zwanzig Jahren fortgesetzt gestohlen hätte. Vor dem Gericht gab die bedauernswerte Frau an, daß sie keinen anderen Beweis für ihre Behauptung habe, als daß sie von göttlicher Seite erleuchtet worden sei, daß der Mann ein Dieb sei“. Diese Eingebung sei ihr geworden. In mehreren Eingaben bei Gericht wies die Frau darauf hin, daß sie die Dreieinigkeit der Gottheit darstelle usw. Da die Frau im übrigen als normal erachtet wurde, so erfolgte ihre Verurteilung wegen Beleidigung zu fünf Tagen Haft. Ihr in der Verhandlung anwesend gewesener Schemant schien während der Verhandlung immer zu beten.

## Glendbilder aus der Reichshauptstadt.

Ein trüber, naßkalter Wintertag. Es rieselt und nieselt ganz fein, aber beständig, ohne Unterlaß. Halb Schnee, halb

Regen, dazwischen dünne, spitze Eisnadeln, die der Wind den Passanten mit Behemung ins Gesicht schleudert. Männer, Frauen, Kinder eilen hastig in Gruppen und auch einzeln die Straße entlang. In den Händen tragen sie Eimer, Töpfe, Kasserolen, Napfs, kurzum, Gefäße in allen Formen und Größen. Vor einem bestimmten Hause machen sie Halt und verschwinden in dem düsteren Eingang. In einem Hofe, der von Hinterhäusern, Kaminen, Ställen und Schuppen umgeben ist und in dem Fuhrwerke allerlei und Gerümpel in idealer Unordnung umherfliegen, sammeln sich die Gruppen. Die ersten positionieren sich vor der Tür eines niedrigen Gebäudes, aus dem der Klüdenwind in langen Schwaden fließt, während die Nachfolgenden dichtgedrängt eine lange Reihe bilden. Hier befindet sich eine Armenspeisungsanstalt, in der die dazu Berechtigten gegen Abgabe eines vom Armenvorsteher erhaltenenzettels eine oder mehrere Portionen Suppe erhalten.

„Ach, heute gibts Vinsen süß und sauer, das ist fein!“ ruft ab und zu einer aus der Menge. Alle Altersstufen sind hier vertreten, vom schlafwachen, gebrechlichen Greis oder auch Greisin, bis herab zum kleinen Knirps, der sich fröstelnd und zähneklappernd zwischen die Erwachsenen schmiegt und mit steifen Händchen krampfhaft den Topf umflammt. Es summt wie ein Bienenschwarm, fliegend, schimpfend, murrend tauschen sie gegenseitig ihre Meinung aus. Manche haben unter dem starken Druck der Not das Lachen doch noch nicht ganz verlernt, und oft genug fliegt ein gelangener Witz über die Köpfe hinweg, bei den Umstehenden ein lautes Gelächter auslösend. So stehen sie eine halbe, und eine ganze Stunde in dem Hofe, der eine einzige Pfütze bildet und trippeln, ungeduldig den Moment der Empfangnahme des Essens erwartend, während aus den zumeist defekten Schuhen das Wasser in kleinen Springbögen quillt. Im Innern des Raumes steht man Personen sitzen, die ihr Mittagsgeschäft gleich an Ort und Stelle mit Weißbrot verfrachten. Zuletzt sammeln sich die Oddyatolen in großer Anzahl, die nur die Abfertigung der anderen erwarten, um die Reihe in Empfang zu nehmen.

Wir verlassen den trübseligen Ort und juchen in einer der nächsten Straßen die Kinderrolfsküche auf. Ein früheres Geschäftsflokal im Vorderhause, das zu seiner jetzigen Bestimmung eingerichtet ist und zwar leider sehr beschränkte Räumlichkeiten aufweist, so daß nur ein sehr kleiner Teil der hungrigen Kinder Eintritt findet, während die anderen immer so lange auf der Straße warten müssen, bis wieder einige Plätze frei geworden sind. Die Aufsichtsdamen gehören den oberen Klassen an und üben das Amt freiwillig und unentgeltlich aus. In äußerst zuvorkommender und liebenswürdiger Weise werden uns Küche und Vorratskammern gezeigt und in Zahlen die Ausgaben und Kosten angegeben. Zweimal in der Woche gibt es auch Fleisch und Würstchen. Auch hier standen zufällig Vinsen süß und sauer auf dem Speisezettel, und durch eine dargelegte Kraftprobe überzeugen wir uns von der guten und schmackhaften Zubereitung derselben. „Schreiben Sie recht, recht viel über unser Werk, damit wir reichliche Unterfertigung finden, die Ausgaben sind sehr beträchtlich, und Sie sehen ja, wie vorzüglich und regenreich die Einrichtung ist“, bittet uns die kleine, emsige Dame mit dem gütigen, freundlichen Blick.

Wohlthuend berührt der Anblick der Schar jugendlicher Kinder, die eifrig die Vöfel bewegen und mit glücklichen, strahlenden Augen aufschauen; Knaben und Mädchen sitzen getrennt. Zwei Jungen sind als „Kassatoren“ angestellt, die beiden Damen verteilen das Essen, und es ist keine Kleinigkeit, in dem engen Raum den Ansturm der hungrigen Mäulchen immer für und flort zu verordnen, daß die Hungerstehenden nicht allzulange dem Regen und Schnee ausgelegt sind. Ab und zu müssen die „ausdauernden“ unter den kleinen Gästen an den Aufbruch gemahnt werden, damit ihre Kameraden die Plätze einnehmen können.

„Sie sind ja so gerne in der warmen Stube und dann wollen sie auch möglichst viel essen, bei vielen ist es ja die einzige Mahlzeit im Tage. Ich gebe ihnen ja auch so viel sie wollen, die Mehrzahl läßt sich zwar dreimal nachfüllen und Vinsen essen sie ganz besonders gerne“, erzählt uns die Aufsichtsdame. Doch schon muß sie wieder weg von unserer Seite, 20 bis 30 leere Schüsseln tragen ihr in den ausgestreckten Armen verlangend entgegen.

„Na, Kinderchen, habt Ihr noch Hunger?“ „Jawohl, Fräulein!“ schallt es dreistimmig zurück. Auf die Frage, ob der einzelne noch viel Suppe wolle, lautet stets die energische Antwort: „Ja wohl, sehr viel, Fräulein!“ Dieser Titel steht der Frau zwar nicht mehr zu, aber die Kleinen nehmen das nicht so genau.

Auch die Mädchen lassen sich das Essen trefflich munden, tuschend und lichernd stecken sie die Köpfe zusammen und die fröhlichen, geröteten Gesichter zeigen, wie glücklich sie sind, gesättigt zu werden. Sie sind alle sauber und rechtlich gekleidet.

Wir fragen eine kleine Blondine mit einem niedlichen Apfelgesicht: „Hat Vater Arbeit?“ „Ich habe keinen Vater mehr, der ist schon lange tot!“ lautet die Antwort. Auf einer Bank sitzen drei Geschwister beisammen, zwei kommen noch um 1 Uhr nach.

In der Küche ist mittlerweile eine Situation eingetreten, die lebhaft an die Hochzeit zu Ranan erinnert. Dort ging der Wein frühzeitig auf und hier die Vinsen. Wenn aber auch die Kochfrauen die Kunit nicht verreiben, aus Wasser Vinsen zu bereiten, so wissen sie sich doch auf natürliche und praktische Weise zu helfen und in ganz kurzer Zeit wird eine fertige Griesuppe aufgetragen. „Schmeckt auch ganz gut!“ erklärt ein kleiner Stöpel mit wichtiger und bestimmter Miene.

Nun läßt die Dame ein kurzes Gebet sprechen vom lieben Gott, der die „milde Hand aufstut und allen Speis und Trank gibt“. Die Kinder leeren den Spruch mechanisch herunter, ihre Augen aber sind unverwandt auf den Zeller gerichtet. Auch die vielen Fürstenbilder und Bibelprüde, mit denen die Wände „geziert“ sind, werden von der Kinderchar nicht beachtet. Die jugendlichen Gemüter zeigen für dergleichen Dinge wenig Verständnis, eine „reale“ Vinsensuppe ist ihnen lieber.

Und klar und fest drängt sich uns bei dem Anblick der vielen Kinder — es sind zirka 300 und in anderen Küchen bis 600 — die Überzeugung auf, daß diese Einrichtung eine soziale, unabwendbare Notwendigkeit ist, die nimmermehr der reine Ausfluß einer wohlthätigen Veranlassung sein darf; so gut und herlich es einzelne Personen auch meinen mögen, eine Notwendigkeit, die im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt und auch für die heranwachsende Generation von enormer Bedeutung ist.

## Aus Nah und Fern.

**Mord und Selbstmord.** In der Dienstagnacht erschob sich in einem Hotel in Breslau ein junges Paar, das als Ritter und Frau sich ins Fremdenbuch eingetragen hatte. Die Persönlichkeit des Mannes war noch nicht festgestellt. Auf dem Tisch lag ein Brief, in dem 600 Mk. lager und der an eine Dame in Tropowitz (Obererschlesien) adressiert ist. Nach dem „Neugieriger Anzeiger“ handelt es sich um den Architekten Bauer aus Gnan und seine Gönnerin. Ritter ist verheiratet und Vertreter des Bezirkserges. Eine große Anzahl von Gesellschaftsleuten ist durch Ritter erwidert worden.

**Bahnwärter mit Zeitgewehr** ist eine neuere preussische Erfindung, die der Eisenbahnminister für verkehrsreiche Übergänge anordnete. Im Landkreise Silesien sind schon eine Anzahl bewaffneter Bahnwärter aufzustehen. Die Bewaffnung der Bedienten ist deshalb verhängt worden, weil es zu unangelegentlichen Vorfällen kommen soll, da die Bedienten häufig angegriffen worden sind. Hauptsächlich erkönt man nicht so bald der Auf: Schutz vor Bahnwärtern!

**Er hat seine Strafe weg.** Der Leiter des ersten Garden-Motiv-Prozesses, Kuriermeister L. K., ist, wie schon gemeldet, von der Abteilung für Strafsachen zur Zivilabteilung des Amtsgerichts Berlin übergetreten. Jetzt ist Herr Kern der Vollstreckungsabteilung zugewiesen worden. Er wird also fürs erste nicht wieder in die Lage kommen, den Vorsitz in einer Verhandlung zu führen. Sein Kessort bleibt vorläufig die Abnahme von Offenbarungsreden und ähnliche juristische-amtliche Kleinarbeit.

**Revolution im Zentrum.** Im Bayerischen Volkerverband und im Bayerischen Eisenbahnerverband (beide sind christliche Organisationen) gement die Empörung über das veränderliche Verhalten des Zentrums im bayerischen Landtage, in bezug auf die Frage der Lohnaufbesserung für die Staatsarbeiter, fortgesetzt an Ausdehnung. Nun hat auch in Regensburg eine Versammlung von Volk- und Eisenbahngewerkschaften, die den Erfolg hatte, daß viele Angehörte aus den christlichen Verbänden austraten und ihren Beitritt zu dem auf moderner Grundlage beruhenden Süddeutschen Eisenbahnerverband erklärten. Auch in anderen Städten gewinnt in den Kreisen der bisher gut ultramontan gesinnten Staatsarbeiter die Unzufriedenheit mit der Zentrumsfraktion an Ausdehnung. Für alle agrarischen Forderungen ist die Fraktion zu haben, für die Verkehrsarbeiter jedoch erklärte sie eine tägliche Aufbesserung von 20 Pf. als ausreichend.

**Folgen eines Streites.** In einer Wirtschaft in Lüneburg wurden im Verlaufe eines Streites mehrere Revolver (Schüsse) auf die im Lokal befindlichen Personen abgegeben. Ein Vergewaltiger wurde durch einen Schuß in den Unterleib getötet, mehrere andere wurden durch Hieb- und Stichwunden schwer verletzt. Der Haupttäter wurde verhaftet.

**Unfallfälle beim Rodeln.** Auf der außerhalb Slauch gelegenen Rodelbahn, die bis ins Umquartal hinein schließt, haben sich Montag nachmittag drei schwere Unfälle ereignet. Infolge der zahlreichen Zuschauer war die Fahrbahn auf kaum einen Meter Breite beschränkt worden. Dadurch führten mehrere Rodler in die Menschenmenge hinein, wobei einige Personen stürzten. Der 16-jährige Weberlehrling Wagner trug einen Schädelbruch davon. Ferner erlitten der 12-jährige alte Schulknabe Strobel eine Gehirnerschütterung und der gleichaltrige Schulknabe Schleich einen Beinbruch.

**In dem Mordversuch an einem Gelbbrücker in Göttingen** wird weiter berichtet, daß der verhaftete Täter Frahm im Verdacht steht, noch eine ganze Anzahl schwerer Verbrechen begangen zu haben. Es fanden auch Erhebungen darüber statt, ob Frahm des Vermergers in Leipzig verübten ähnlichen Raubmordversuchs auf einen Gelbbrücker schuldig ist. Die Beschreibung des damaligen Täters paßt fast genau auf seine Person. Der Umstand, daß Frahm, wie der Leipziger Täter, den gleichen Trick gespielt hat, sich mit einer Aktenmappe unter dem Arm das Aussehen einer Amtsperson zu geben, bekräftigt den Verdacht. Der Gelbbrücker Abel ist nun so weit hergestellt, daß er in den nächsten Tagen den Dienst wieder aufnehmen können. Frahm steht, wie wir bereits berichtet haben, auch im Verdacht, die von ihm aus Wien entführte Kontoristin Sophie Grundorot erzwungen zu haben.

**Der Mord an dem Buchhändler Giegler in Leipzig.** Die unter dem Verdacht, den Verlagbuchhändler Giegler in seiner Wohnung in der Böschentrasse in Leipzig-Knauthof ermordet und beraubt zu haben, in Halle a. S. verhaftete Haushälterin Irma Doll hat, wie wir bereits berichteten, in Geständnis abgelegt. In der Angelegenheit werden den Leipziger Neuesten Nachrichten folgende Angaben gemacht: Die Leiche des Giegler, der seit dem November vermisst wurde, hat deshalb so lange in dem Bett verborgen liegen können, ohne daß die Leiche sich verbreitete, weil sie mit Bettdecken und allerlei Sachen fest zugedeckt war. Das Bett war überdies mit einer Decke glatt zugedeckt, so daß es den Anwohnern nicht als ob es lange unbenutzt geblieben wäre. In demselben Zimmer hat nun auch die Doll bis zum Sonnabend gewirkt. Sie hat offenbar auch dort nachts auf einem Feldbett geschlafen. Beim Nachtrage nach Giegler war, so sagte das Mädchen, er sei verstorben. In letzter Zeit hat sie behauptet, Giegler lege in Wien in einem Spital krank darnieder. Nachdem diese Aussagen als unwahr sich herausgestellt hatten, wurde die Wohnung Gieglers nochmals durchsucht. Hierbei wurde die Leiche in dem Bett aufgefunden. Giegler hatte mit der Doll ein Liebesverhältnis. Er war ein etwas fränkischer und schwächlicher Mensch, und schon seit Oktober 1907 ließ er, er wolle zur Kräftigung seiner Gesundheit nach Italien reisen. Eines Tages im November war nun Giegler auch tatsächlich verschwunden. Seine Wohnung ließ für Fremde ständig verschlossen. Nur die Doll wohnte dort. Sie führte das Geschäft allein weiter, lebte glücklich und guter Dinge, fuhr Fiaker, kaufte sich neue Kleider und Hüte usw. Alles wunderte sich, daher das Mädchen das Geld hatte, und man munkelte allgemein, daß hier etwas nicht in Ordnung sein könne. Alle eingehenden Gelder flössen in die Tasche der Geschäftsführerin, die sie mit vollen Händen ausgab. Giegler war inhaber der vielgenannten Aufsatzfabrik, die je nach Preis verschiedene Qualitäten lieferte, Überlegungen anregte, Schularbeiten für Angehörige höherer Lehrintitatten erledigte usw. Sein Geschäft galt allgemein als gut orientiert.

**Schweineereien bei Militärlieferungen.** Man schreibt der „Wißl. Post“ aus Landau: Was man mitunter bei

Militärlieferungen alles zu bieten mag, darüber dürfte eine demnächst stattfindende Gerichtsverhandlung den nötigen Aufschluß geben. Ein hiesiger Metzgermeister, der neben Ochsenfleischlieferung auch die Wurstlieferung für das 18. Infanterie-Regiment übertragen bekommen hatte, glaubte, daß für die Vaterlandswertiger alles gut genug sein müsse. Waren in seinem Geschäfte gebrühten übrig geblieben, so wurden sie ihres Inhalts entleert, der gefochte Wursteig wurde wieder unter den frisch gehackten Fleisch gemengt und mit verarbeitet. Die auf diese Weise hergestellte Wurst wurde dann an das Militär abgegeben. Für diese Schweineereien gab der hiesige Metzgermeister ein ganz empfindliches Bußgeld. Und da hat man sich seinerzeit bei den Militärbehörden die Köpfe darüber zerbrochen, aus welchen Ursachen die beim 18. Infanterie-Regiment ausgebrochene Typhusepidemie entstanden sein möge. Bis heute hat man noch keine Anhaltspunkte dafür gefunden. Wenn solche Wurst in einen Magen befördert wird, da braucht man sich wahrlich nicht mehr zu wundern, wenn Epidemien ausbrechen.

**Verbraunt.** Dienstag nachmittag verbrannte in Oberdorf bei Mülhausen der vierjährige Sohn des Arbeiters Herbst während der Abwesenheit seiner Mutter. Als er von seiner Mutter gefunden wurde, war er vollständig verkohlt. Ein anderer fünfjähriger Knabe wurde in hölzernen Kisten in Mülhausen im Krankenhaus gebracht. Die Knaben spielten mit glühenden Kohlen, wobei wahrscheinlich die Kleidung des erstgenannten Feuer gefangen hat.

**Ein Gemeindegeld, die ihren Bierdurst verkaufte.** Die kleine Ortschaft Hudson in dem nordamerikanischen Bundesstaat Ohio erhielt von dem Millionär W. Ellsworth ein Geldgeschenk von 200.000 Dollar (über 800.000 Mk.) unter der Bedingung, daß der Getränkeauskauf in Spirituosen in dem Ort aufgehoben sollte. Den Verkauf von Bier wollte der Götter gestatten, aber eine Ausnahme zugunsten von Bier ist in solchen Fällen gesetzlich nicht zulässig. Die Bewohner des Ortes sind zwar überwiegend für den Getränkeauskauf, aber die schöne Aussicht, ihr das Geld eine Gasbeleuchtung und einen Umbau der alten Schule zu erlangen, wog so doch dazu, der Bedingung zuzustimmen. Die Opposition war immerhin ziemlich stark, denn das Geschenk wurde in dieser Form nur mit 266 gegen 188 Stimmen angenommen.

**Der schlagfertige Bauer.** Aus Bayern wird der „Frank. Bzg.“ geschrieben: Eine wohl unerwartete Antwort erhielt ein bayerischer Richter unlängst in einer Prozeßsache von einem verklagten Bauerlein. Auf dem Wege zu seinem Felde, wo er den dorthin verbrachten Dünger ausbreiten wollte, wurde der Bauer von einem großen Hund, der mit flehenden Zähnen auf ihn losging, gestoppt. Schon wollte der Hund auf den Bauer losspringen, doch dieser kam dem Angriff zuvor und stieß dem bösen Käuter die Mistgabel derart in die Kehle, daß das Tier verendete. Der Hundebesitzer verklagte den Bauern auf Schadensersatz. In der Gerichtsverhandlung herrschte der Richter nun den Bauern an: „Sie hätten doch zuerst das andere Ende der Mistgabel gebrauchen sollen!“ Der Bauer erwiderte: „Das würde Vieh zu ja auch nicht mit seinem anderen Ende auf mich zugegrungen!“ Solch stichhaltigen Einwand mußte man natürlich gelten lassen.

**Das Brandunglück in Remisbanien.** Nach den letzten Meldungen aus Boyerowa sind inzwischen 167 Tote identifiziert, annähernd 50 Tote werden noch vermißt, für deren Leben man alle Hoffnung aufgeben muß. Geopfert wurde im Theater ein mehrpartiges historisches Stück; während des Szenewechsels wurden kinematographische Bilder vorgeführt. Die Explosion des Apparates erfolgte im zweiten Akt. Die Schauspielerei konnten sich rechtzeitig retten. Alle Zuschauer, die unten im Saale die ersten Partietreihen innehatten, kletterten auf die Bühne, um sich ebenfalls wie die Schauspieler von dort zu retten. In der wilden Hektik zerlegten sie die Lampen auf der Rampe und im Nu stand auch der Bühnenraum in Flammen. Verzweifelt eilten die Leute nun wieder in den Saal zurück, und alle stürzten zu dem zweiten schmatzen Ausgange im Hintergrund des Saales, Frauen und Kinder wurden dabei niedergebrennt und ihre Körper lagen im Hauptausgang 4 bis 5 Fuß hoch übereinander. Das Publikum auf dem Balkon und Galerienlagen strömte bei dem ersten Feuerlärm den Treppen zu, die in kurzer Zeit so mit Menschenkörpern bedeckt waren, daß den Nachdringenden der Ausweg veriperrt war. Viele Frauen und Männer sprangen von den Galeriefenstern auf die Straße, viele kamen bei diesem Sturz um und andere wurden schwer verletzt. Das dreistöckige Gebäude ist zur Ruine ausgebrannt.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

#### Ein schöner Gimpelzug

wurde dieser Tage in Lüneburg versucht. Wie voraussichtlich vielen Lesern bekannt sein wird, haben im Sommer v. Js. eine Anzahl Fabrikanten von Markenartikeln an die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine das Ansehen gestellt, die Konsumvereine sollten für die von ihnen bezogenen Waren die von den Fabrikanten festgesetzten Verkaufspreise nehmen. Dieses haben selbstverständlich die Großverkaufsgesellschaft, als auch die denselben angeschlossenen Vereine rundweg abgelehnt. Die Konsumvereine, welche hierauf von den Fabrikanten keine Waren mehr erhielten, haben reichlich Geßal gefunden. Der Markenartikelverband, welcher keine Kundenschaft schwinden sieht, entfaltet daher zurzeit eine starke Reklame, ganz besonders die Führerin des Verbandes, Kathreiners-Kneip-Malz-Kaffee-Fabrik. Die genannte Firma wandte sich mehrfach an bekannte Sozialdemokraten, diese sollten für die Firma bei den

Geschäftsführern der Konsumvereine tätig sein, was bisher aber keinen Erfolg hatte. (Die Arbeiterfreundlichkeit ist in dem Falle auch nur Geschäftsreklame.) Jetzt wandte man sich an Vereine, scheinbar in der Absicht, die volkswirtschaftliche Bedeutung des Malzkaffees gegenüber dem Wollkaffee dem Publikum vor Augen zu führen, in Wirklichkeit, um willige und gedankenlose Anhänger ihrer Fabrikate zu finden. So hatte sich leider am Sonnabend der Naturheilverein dazu hergegeben, als gewöhnliches Reklameschild für eine großkapitalistische Gesellschaft zu fungieren. Birta 200 Personen benutzten die Gelegenheit, gratis Kaffee zu trinken, spendiert von der Firma „Kathreiners Kneip-Malz-Kaffee-Fabrik“. Sieg München. Eine Dame als Vertreterin der Firma lobte natürlich die Fabrikate über den Schellen-Daus, den Kampf zwischen Markenartikel-Verband und Konsumvereine wohlweislich verschweigend. In heute hat man 800 Karten an die Guttempler-Verein verteilt, um in der „Flora“ ein Probetrinken zu veranstalten. Leider tummeln sich da noch sehr viele Arbeiter. Jedenfalls hat die Firma sich an die hiesige Bevölkerung in der Erkenntnis gewandt, daß diese sich ihrer Macht als organisierte Konsumenten leider noch nicht genügend bewußt ist. Es sei daher den Leserkunden und Lesern dieses Blattes empfohlen, die Originalartikel in Malzkaffee zu kaufen, welche sich in vollgütiger Ware auf dem Markt befinden. Im besonderen wird jedem der Eintritt in den hiesigen Konsumverein empfohlen, welcher sich als Preisregulator bewährt.

### Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Totengericht. — Jules Guesde und die französische Arbeiterbewegung. Von Ch. Rappoport (Paris.) II. (Schluß.) — Ein neues Attentat auf die preussischen Arbeiter! Von Paul Hirsch. — Wirtschaftliche Rundschau, Von Rudolf Hilferding. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Philipp Stejneger über Streiks und Ausperrungen. Von ad. br. Gustav v. Hartmann. Ein neues Wahlverfahren. Von Akademikus. Gecardus, Geschichte des niederen Volkes in Deutschland. Von E. M. — Notizen: Das Ende der Phosphorabwässerung. Von E. W. Die statischen Erhebungen über die Parteiorganisation Groß-Berlins. Von ew. Die Bayerische Holzindustrie-Verfassungsgesellschaft. Von E. G. — Zeitschriften. Von A. P. — Bibliographie des Sozialismus. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probestummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „Arbeiterbewegung“ von der „Arbeiterbewegung“ ist soeben die Nr. 1 des 4. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zum neuen Jahre! Gedicht von H. W. Das Jahr 1908. Die Jugendbewegung des Auslandes. V. Frankreich, Schweiz, Schaffensfreude. Gedicht von H. S. Aus unserer Bewegung: Eine erfolgreiche Agitation im nördlichen Deutschland. Polizeiliche Schlichtungen. Es hagelt Strafanbete. Auch unser Flugblatt staatsgefährlich? Rundschau: Eine Knochenmühle jugendlicher Menschen. Ein entsetzliches Urteil. Behördliche Behringungszüchterei über die Entwicklung des Innungsweßens in Preußen. Jugendschutz: Lehrrädchen — Laufmädchen. Schulwesen: Ein Sieg der Rückständigen. Obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen in der Schweiz. Gesundheitspflege: Die Gurgel von Berlin. Ver einsnachrichten. Briefkasten: Stinkbomben vom Reichsverbande aus Kiel. Sonstiges. Verlag: „Arbeiterbewegung“, Berlin SO. 28. Bademarfstr. 75. Preis pro Nummer 10 Pf., in Partien 7 Pf.

**Zeitschrift für Holzarbeiter.** Heft 1 des dritten Jahrganges, Januar 1908. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Stuttgart. Das Januarheft dieser Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift ist in erster Linie Max Heidrich, dem jungen Raumkünstler, gewidmet. Es enthält zunächst eine Würdigung „Max Heidrichs und der Baderborner Werkstätten“ aus der Feder Arnold Fortlages, dann 15 Abbildungen von Möbeln und Innenräumen, die nach Entwürfen Max Heidrichs ausgeführt worden sind, weiter 11 Originalskizzen desselben Künstlers, davon 7 ganzseitige. In dem Heft wird ferner eine Abhandlung M. Heidrichs über die Arbeiterwohnung (mit 7 Abbildungen) und der Anfang eines Artikels der Feder des Kunstgewerbekunstlehrers O. Winkelmüller über den Treppenbau veröffentlicht (mit ca. 150 Abbildungen). Ein Abonnement dürfte sich für alle Holzarbeiter sehr empfehlen. Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie beim Verlag, Stuttgart, Adlerstraße 48.

**Sternschnauz-Viehmarkt**  
16. Januar.  
Der Schweinehandel vertiefte mittelmäßig.  
Zugeführt wurden 1475 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlanbschweine schwere 55 Mk., leichte 53—54 Mk., Sauen 47—52 Mk., und Ferkel 49—53 Mk. pro 100 Pfund.  
Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: E. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Zum 1. April eine Zweifamilienwohnung zu vermieten  
Marktstraße 35 a.  
Gesucht im Stadteil St. Lorenz-Tad ein größerer geräumiger  
**Laden.**  
Konsumverein f. Lübeck u. Umg.  
G. G. m. b. H.  
Chaijelongue billig zu verkaufen  
Kotenzdorf 1. I.  
Sonnabend u. Sonntag steht ein großer Transport  
**Ferkel** billig z. Verkauf.  
Guthof Drei Aunen, Frankenburg.  
Pflanze von 50 Pfg. an, Topfpflanzen, Myrtentränze, Brantschleier, Brautbuketts, Girlanden  
billig  
**A. Bühse**  
Lühnsbüchse 72, Ecke Brohlingsstr.

  
**Neue Sommerfang- und Matjes-Serinage**  
sowie sämtliche Fisch- und Seezische, vieler Rauscherwaren empfiehlt  
**Fischhalle „Hansa“**,  
Friedrichstraße 33, Markthallenrand 104.  
Telephon 1869. Note Rabattmarken  
Sonnabend abend:  
**Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg.**  
zu verk. P. Harimann, Raderhöfnisch.  
**Rechnungs-Formulare**  
Liefert prompt und sauber  
Der Drucker des Lhb. Volkboten  
Johannstraße 14.

**Beuten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel**  
Lassen Sie billig und reell bei  
**Markt Otto Albers** Kahlm.  
4. 10.  
j. B. komplette Betten von 12.50 Mk. an, Federn pr. Pfd. von 45 Pf. bis 4 Pf.  
OO Kofe Lubeca-Marken. OO

**Frau Schönbaum, Hebamme**  
wohnt Glandorfsstraße 11, 1.  
**Heinrich Beckmann**  
Reiferstraße 6  
Schuhwaren aller Art billig.  
Note Rabattmarken.  
Reparatur-Werkstatt. — Sandarbeit.

**Pa. weißes Schmalz 65 Pfg.**  
" kleine Rauchstücke Pfd. 70 "  
" geräucherter Nacken " 80 "  
" Kollschinken " 80 "  
" ger. Schweinebacken o. Kn. " 60 "  
" Kollwürst " 60 "  
" fettes Rindfleisch " 60 "  
" 7. Aufschnitt pro Pfd. 1 Wr.  
**M. Lahrtz**, Böttcherstr. 16.  
**Holländer-Rahmkäse**  
Pfd. 80 Pfg.,  
Schweizer 70 Pfg.,  
andere Sorten billiger.  
**Gute geräucherte Würst**  
Pfd. 90 Pfg.,  
Lebertwurst 50, Braunschweiger 50 Pf. usw.  
**Fedder J. Behm**,  
Bedergrube 38. Gute Hänshäusen.